

Nr. 5.

Leipzig.

erscheint unter Sonntags  
taglich.  
Preis  
vierter Abdruck 7 M. 50 Pf.  
Drei einzelne Nummern  
20 Pf.

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

Dienstag,  
7. Januar 1879.

Indirekt

und zu die Republik in  
Leipzig zu finden.  
Inserationsgebühr  
für die Spaltenzelle zu 100  
unter Eingang zu 10 Pf.

Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!

## Telegraphische Depeschen.

\* Rom, 4. Jan. abends. Der Osservatore romano schreibt, daß vom Deputierten Rossino wegen Bildung einer conservativen Kommerpartei veröffentlichte Programma sei für die Katholiken unannehmbar. — Die Nachricht, es sei ein Circular an die Bischöfe ergangen, worin den Katholiken die Theilnahme an den politischen Wahlen gestattet worden sei, wird von dem Osservatore romano für unbegründet erklärt.

\* Rom, 4. Jan. Die Verhandlungen wegen Werberbestellung eines offiziellen russischen Vertreters beim Vatican sind vollständig gescheitert. Dem Fürsten Urusow gelang seine Mission nicht, weil über mehrere wichtige Differenzen nicht zu erzielen war.

\* Rom, 5. Jan. Der Proces Passanante vor den Missen zu Neapel ist auf den 18. Jan. anberaumt.

\* Madrid, 3. Jan. abends. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde das gegen einen Sergeant und zwei Soldaten wegen Verschwörung gegen das Leben ihres Chefs gefallte Todesurteil, welches morgen in Tenta vollstreckt werden soll, zur Sprache gebracht. Mehrere Deputirte brachten einen Antrag auf Umwandlung des Todesstrafe in eine andere Strafe ein. Der Ministerpräsident Canovas del Castillo machte dem gegenüber geltend, daß das Militärgesetz die Execution der Verurtheilten vorschreibe.

\* Madrid, 4. Jan. Die Hinrichtung Moncasi's ist erst heute sechzehn Uhr erfolgt; eine große Volksmenge wohnte der Hinrichtung bei, beobachtete aber die größte Ruhe und Ordnung.

\* Paris, 5. Jan. nachmittags. Nach dem vollständig vorliegenden Resultat der heute stattgehabten Senatorwahl gewannen die Republikaner 41 Sitze. Sämtliche frühere Senatoren der republikanischen Partei wurden wiedergewählt. Von den seitens der conservativen Partei aufgestellten Kandidaten wurden

die Abstimmungen der gegenwärtigen Regierung in Konstantinopel, Fournier. Unter den nach wiedergewählten früheren Senatoren der conservativen Partei befinden sich der Maréchal Canrobert, Deputir, General d'Espouilles, Montgolfier, Dutrait, Belcastel, Béhic, Bourcet und Meaux. Zwei Stichwahlen sind erforderlich.

\* Paris, 5. Jan. abends. Der neue Senat wird aus 119 Mitgliedern der conservativen und 176, darunter 64 heute gewählten, Mitgliedern der republikanischen Partei bestehen. Die Republikaner werden somit eine Majorität von 57 Stimmen haben.

\* London, 5. Jan. Nach hier vom Cap eingegangenen Nachrichten ist die Entscheidung der Zulassungscommission zu Gunsten der Bulus ausgefallen.

Die Botschaft der Capregierung an den König der Bulus fordert unter andern die Auflösung der Bulus-Armee und die Rückkehr Tommadas als Residenten;

ferner wird verlangt, daß vor diesem Residenten und dem Könige alle Streitigkeiten der Europäer geschlichtet werden, sowie daß niemand ohne die Zustimmung des Residenten ausgewiesen werden dürfe. Die Kriegsvorbereitungen dauern fort, da das Ergebnis der Unterhandlungen zweifelhaft ist.

\* Kalkutta, 31. Dec. (Offiziell.) Major Ghosan Nalichaband hat nach Durbar berichtet, daß ihm der Emir am 10. Dec. eröffnete, er habe angesichts des Verlustes von Alimudsch und Petwar sowie wegen des erschütterten Vertrauens seiner Truppen und da er einen weiten Widerstand für unmöglich halte, beschlossen, bei Russland Schutz zu suchen und seine Angelegenheit einem europäischen Kongreß zu unterbreiten. Talub-Khan sei an demselben Tage in Freiheit gesetzt worden. Demselben sei ein Eid abgenommen worden, daß er nach den Weisungen des Emirs handeln wolle. Am 13. Dec. habe der Emir darauf Kabul verlassen, nachdem er vorher sein in 70 Stück stehendes Privatvermögen in das Ausland gesendet.

\* Kalkutta, 3. Jan. (Offiziell.) Der afghanische General Wall-Mohammed hat dem General Roberts ein Schreiben übergeben, in welchem er seine Dienste anbietet. Zugleich theilt Wall-Mohammed darin mit, daß Talub-Khan, welcher zu entkommen suchte, bewacht werde und daß der Emir Schir-Ali sich nach Petersburg begeben werde.

\* Kopenhagen, 5. Jan. Der Minister des Krieges und der Marine, General Dreher, hat sein Portefeuille niedergelegt. Das Kriegs- und das Marineministerium sind voneinander getrennt und ist erstes dem General Kauffmann, letzteres dem bisherigen Generaldirector des Marineministeriums, Commodore Ravn, übertragen worden.

Petersburg, 4. Jan. Die politische Polizei ist um 1200 Mann verstärkt worden, welche in die großen Städte vertheilt werden, in denen die Militärs ihren Umzug treiben. (P. T. B.)

\* Petersburg, 5. Jan. Wenn schon die Pforte die Albauesen aufgefordert hat, der Abreitung von Podgoritsa nicht feindselig entgegenzutreten, und darauf hingewiesen hat, daß der Berliner Vertrag, welcher die Herausgabe von Podgoritsa verlangt, ausgeführt werden müsse, so herrsche hier doch noch Zweifel darüber, ob die türkische Regierung den auffälligeren Albauesen mit den geeigneten Mitteln gegenübertrete. Die Agence russe gibt diesen Zweifeln Ausdruck und meint, daß die factische Herausgabe Podgoritsas an Montenegro bei Unterzeichnung des definitiven russisch-türkischen Friedens unter die Bedingungen anzunehmen sein würde, von denen Russland die Zurückziehung seiner Truppen abhängig mache.

\* Astrachan, 24. Dec. Bald nach der Rückkehr der Kosaken aus der asiatischen Türkei erschien im jenotaiischen Bezirk des Gouvernements Astrachan eine Epidemie, welche von den Arzten als die Men-

schenpest anerkannt wurde. Ehe man Quarantänmaßnahmen ergreifen konnte, verbreitete sich die Pest auf mehrere Dörfer. Der Gouverneur von Astrachan schreit energisch zur Einführung strenger Quarantäne. Den eingelaufenen Nachrichten zufolge ist die Sachlage schrecklich, die Sterblichkeit sehr groß. Bevölkerung der Quarantänemaßnahmen sind Truppen und Aerzte nach Astrachan beordert.

\* Wien, 4. Jan. abends. Meldungen der Politischen Correspondenz. Aus Konstantinopel vom gestern: „Die in dem russischen Botschaftshotel fortgesetzten Verhandlungen über den russisch-türkischen Friedensvertrag nehmen einen günstigen Verlauf. Es ist geprägte Hoffnung auf einen baldigen befridigenden Abschluß derselben vorhanden. Nach einer verblüfften Neuherzung Karlsbad-Pascha's hat Fürst Lobanow bei der Eröffnung der Verhandlungen in Aussicht gestellt, daß unmittelbar nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages die theilweise Räumung des türkischen Gebietes beginnen werde. — Der seit Monaten beurlaubte türkische Botschafter in London, Musurus-Pascha, ist auf seinen Posten zurückgekehrt. — Der Grenzregulierungskommissar für Montenegro, Kiamil-Pascha, ist nach Albanien abgereist.“ — Aus Bukarest von heute: „Von competenter Seite verlautet, daß das Deficit des Staatshaushaltes pro 1879 22,800,000 fl. betrage, wobei auf die Amortisation der Staatschulden 5 Mill. fl. mehr als im Vorjahr entfallen.“

\* Athen, 3. Jan. Wie verlautet, hat der türkische Bevollmächtigte hier die Regierung in Kenntniß gesetzt, daß Muhsar-Pascha, der Präsident der türkischen Bevollmächtigungskommission, das Dorf Loukit bei der Stadt Darta zur Zusammenkunft der beiderseitigen Comissare gewählt habe. Beide Orte finden sich auf der Karte der europäischen Türkei nicht vor. Infolge dessen sind Rücksichten ergangen, die hoffentlich ergeben werden, daß die bezüglichen Verhandlungen nicht sofort mit einer Ablösung beginnen.

\* Kairo, 8. Jan. abends. Das ägyptische Blatt veröffentlicht ein Decret, durch welches die Vorschläge zur Organisation eines speciellen Departements zum Zwecke einer systematischen Verwaltung und Überwachung der Kanalisirungsbauten angenommen werden.

Leipzig, 6. Januar.

Unser allgeiliebster Kaiser hat — ein erfreuliches Zeichen seiner wiedergewonnenen Kraft und Gesundheit — den Neujahrsappell in gewohnter Weise abhalten können. Die Vorstellung sei dafür gepriesen! Möge sie den hohen kaiserlichen Herren bei gleichem Wohlsein das ganze Jahr hindurch erhalten!

In der kirchenpolitischen oder sogenannten Culturkampfsache liegen zwei bedeutende Kundgebungen aus jüngster Zeit vor. Das eine ist ein Schreiben des

## Eduard von Hartmann über Socialdemokratie und Jesuitismus.

J Leipzig, 30. Dec. Die »Germania« hat vor einiger Zeit berichtet, Eduard v. Hartmann hätte die Absicht gehabt, eine Schrift über Socialismus und Ultramontanismus zu veröffentlichen, habe dies aber nach der Annahme des Socialistengesetzes unterlassen. Wir sind in der Lage, unsern Lesern mitzutheilen, daß vielleicht die Flugschrift, leineswegs aber die Behandlung des Themas selbst unterblieben ist. Der Verfasser der »Selbstzerstörung des Christenthums« bespricht die Endziele der Socialdemokratie und des Jesuitismus in seiner »Phänomenologie des stützlichen Bewußtseins« (Berlin 1879).

Der deutsche Dichterfürst Goethe hat uns im »Faust« den schlechtesten Ausgang des unaufhaltsamen Strebens nach vollkommener Glückseligkeit schildern wollen. Nachdem sein Held die Wissenschaft ergründet und die Freuden des Lebens genossen, blieb er noch immer in Zwiespalt mit sich selbst. Erst als er sich um das Wohl anderer und nicht um sein eigenes Glück bemühte und der schwärmerische Denker Kanäle zu bauen anfing, erst dann kam der Augenblick heran, von dem er einst zu Mephisto gesagt:

Die Uhr mag stehen; der Zeiger fallen;  
Es sei die Zeit für mich vorbei!

Auf dieselbe Weise gelangt der deutsche Denker zur theilweisen Lösung desselben Problems. Der Egoismus, der nur sein eigenes Glück erreichen und alle Sorgen aus seinem Leben weg schaffen will, muß sich

das Leben unerträglich machen und schließlich zum Bankrott gelangen:

Denn etwas bangen, hoffen und sorgen  
Muß der Mensch immer für den kommenden Morgen,  
Doch er des Lebens Schicksal erträgt  
Und das schwere Gleichtum der Tage.

Das nächste Ziel, das sich alsbald vor seinen Augen entfaltet, ist die Beglückung anderer. Aber diese Richtung ergibt, zum ethischen Principe erhoben, das social-endämonistische Principe, d. h. die Erreichung möglichst großer Glückseligkeit für die möglichst große Zahl der Menschen. Dieser Grundzug bildet nun den Kern der socialdemokratischen Bestrebungen und das praktische Ziel der Kirche. Daher müssen die beiden Richtungen, wiewol sie von verschiedenen Punkten ausgegangen sind, am Ende ihrer Entwickelungsbahn zusammenkommen:

„Wenn die Socialdemokratie so weit gesetzt hätte, um der Menschheit eine ihren Grundsätzen entsprechende Organisation zu geben, so würde sich dieselbe zu einem jede individuelle Selbstbestimmung vernichtenden System der behördlichen Reglementirung aller privaten Thätigkeit ausgestalten müssen, die nur durch schrankenlose Machtbefugnisse der Behörden gestellt werden könnte; d. h. die verwirklichte Socialdemokratie verlangt einen absolutistischen Terrorismus ohnegleichen, der, wie schon bemerkt, notwendig auch mit einer Corruption ohnegleichen verbunden sein würde. Die größte Schwierigkeit für die augenblicklichen sozialen Machthaber würde immer nur darin bestehen, sich gegen einen Sturz zu wahren und alle Gewalten der Unzufriedenheit in den reglementirten Arbeitskräften unschädlich

zu machen. Dies können sie nun aber keinesfalls dadurch, daß sie der Masse den ganzen Contrast der von ihr erhofften positiven Glückseligkeit mit ihrer allezeit elenden Lage und ihrer um nicht weniger elenden Zukunft offen eingestehen; um nicht gestürzt zu werden, sind sie gezwungen, der Masse die Wahrheit, selbst wenn sie ihnen klar geworden ist, zu verschleiern und das Volk durch Vorstellung illusorischer Zukunftsglückseligkeit bei guter Laune und willig zum Gehorsam zu erhalten. Woher aber diese Vorstellungen nehmen? Heute genügt dazu das als Schlaraffenland ausgemalte Ideal des socialdemokratischen Zustandstaates; aber wenn dieser nun verwirklicht ist, wie dann das unausrottbare Gefühl der Elendigkeit der jeweiligen Menschheitsslage einschläfern? Es bleibt bauz gar kein Mittel übrig als das Hindernis in das transzendentale Gebiet, wenn das Pulver der Illusionen für dieses verpufft ist.“

„Oft also das Principe der höchsten Glückseligkeit der größten Zahl das allein maßgebende Moralprincipe, so ist neben der Förderung der Verdummung und Verthilzung die Förderung der beglückenden Illusionen die höchste sittliche Pflicht.“ „Das schwerste Verbrechen gegen die Sittlichkeit, d. h. gegen das wahre Wohl der Menschheit, muß dann in einer Handlung gesucht werden, welche geeignet ist, Aufklärung zu verbreiten und die Wahrheit jener beglückenden Illusionen in Frage zu stellen, und es wird die höchste Pflicht und das heiligste Recht der Gesellschaft und ihrer Vertreter sein, solchen Verbrechen durch die Androhung der härtesten Strafen vorzubeugen und jeder Schädigung des Gesamtwohls durch energische Präventiv-

Kaisers an den Kultusminister Dr. Hall, worin, wie es heißt, der Kaiser seine volle Zustimmung zu der Haltung des Ministers in der römisch-kirchlichen Frage auspricht; das andere ist ein Schreiben des Papstes an den vormaligen Erzbischof von Köln, Melchers (als Antwort auf ein Glückwunschkreiben des letztern), worin zwar von neuem der lebhafte Wunsch des Papstes Leo XIII. nach Beendigung des Culturkampfes ausgedrückt, zugleich jedoch daran festgehalten wird, daß die Katholiken zum Gehorsam nur gegen solche Staatsgesetze verpflichtet seien, „welche nicht im Widerspruch stehen mit dem Glauben und den Pflichten gegen die katholische Kirche“. Hierach ist es freilich noch weit bis zu einer Verständigung zwischen Rom und Berlin.

In Bezug auf den gerüchtweise gemelbten neuern Briefwechsel zwischen Kaiser und Papst hat es bei dem Démentie des Reichs-Anzeigers kein Bewenden. Das Schreiben des Papstes an den Erzbischof mit seiner Bezugnahme auf den Culturkampf in Preußen und Deutschland mag vielleicht jenes Gericht veranlaßt haben.

In Belgien hat der Kampf um das von dem liberalen Ministerium angeläufige Unterrichtsgesetz bereits begonnen. Die sämtlichen Bischöfe haben in einem gemeinsamen Hirtenbrief energisch dagegen protestirt.

Zwischen Österreich und Italien ist, da der noch ganz kurz vor Jahreschluss zu Stande gekommene neue Handelsvertrag nicht vor dem 1. Febr. d. J. in Kraft treten kann, für den Monat Januar ein sogenannter Modus vivendi, d. h. ein vorläufiges Abkommen über den gegenseitigen Handelsverkehr vereinbart worden.

In England wächst der Notstand. Die Stockungen in der Fabrikation bedingen die Notwendigkeit einer Verminderung entweder der arbeitenden Kräfte oder des Arbeitslohnes — beides gleich traurig für die arbeitenden Klassen. In den großen Kohlendistricten schwelt deshalb schon seit einiger Zeit ein Streit zwischen den vereinigten Arbeitern und den auch ihrerseits vereinigten Arbeitgebern. Neuesten Nachrichten folge ist eine Einigung nicht zu Stande gekommen, und steht daher entweder ein Streit (eine Arbeitseinstellung seitens der Arbeiter) oder ein Lock-out (eine massenhafte Entlassung der Arbeiter seitens der Arbeitgeber), jedenfalls eine Unterbrechung der Arbeiten in großem Maßstabe, in den Kohlenwerken in Aussicht.

Der spanische Attentäter Moncasi ist, nachdem der König ein Gnadenbekenntnis desselben nach Aufführung des Staatsrates abgelehnt, am 4. Jan. schließlich hingerichtet worden. Eine große Volksmenge wohnte der Hinrichtung bei, doch wurde die Ruhe nirgends gestört.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat am 1. Jan. d. J. die Wiederaufnahme der Baarzählungen (also der Wegfall des Zwangserfusses des Papiergeldes) begonnen. Dieselbe vollzog sich ohne Zwischenfall; der Zuhang zu den Banken behufs Einwechselung von Gold war keineswegs groß; im Gegenteil nahmen dieselben mehr Gold ein als sie verausgabten.

Dagegen brachte in Konstantinopel die sehr bedeutende Entwertung des massenhaft ausgegebenen Papiergeldes ernste Störungen im alltäglichen Lebensmittelverkehr hervor, sodaß die Regierung sich ins Mittel legen und den Versuch machen mußte, einen Theil des Papiergeldes zurückzunehmen.

„maßregeln polizeilicher Art (Verhinderung der freien Lehre und Forschung) vorzubereiten.“

Wahrlich, diese Schilderung ist ebenso gut auf einen socialdemokratischen wie auf einen orthodogen Staat anzuwenden. Daß die beiden Parteien heute sich feindlich gegenüberstehen, beruht nur darauf, daß der Jesuitismus die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung als göttliche Institution proklamirt und für dieselbe von seinen Anhängern Achtung fordert. Aber „in dem Augenblicke, wo die organisierte Vertreterschaft eines religiösen Bekennnisses, d. h. eine Kirche, diese Behauptung aus ihrem Dogma streicht, hört sie auf, zur Socialdemokratie in irgendwelche feindliche Verbindung gerathen zu können; in dem Augenblicke, wo sie die bestehenden Staats- und Gesellschaftsformen auch ihrerseits zu bekämpfen anfängt, wird sie zur Verbündeten der Socialdemokratie.“

Die Aussage der Socialdemokraten, daß die Kirche sie nichts angehe, ist, von diesem Standpunkt aus betrachtet, kein einfaches Resultat einer streng atheistischen Richtung, sondern sie verdiente wol unter diejenigen Punkte des gothaer Programms aufgenommen zu werden, welche die Ziele bezeichnen, die im Umfange der bestehenden Gesellschaft erreicht werden und den Zukunftstaat vorbereiten sollen. Andererseits hat auch der Jesuitismus seinen früheren conservativen Mantel abgeworfen, vernichtet jetzt die aristokratischen Institutionen der Kirche, um in ihr dem Absolutismus zum Siege zu verhelfen, und bedient sich eifrig der Wahlen und der Presse, jener Agitationsmittel, die er früher verpönte. Aber als Kenner der menschlichen Natur sind die Jesuiten den Arbeiterführern weit überlegen.

Die russisch-türkischen Verhandlungen wegen der Gebietsänderungen und der Kriegsschädigung haben angeblich ihren guten Fortgang.

In der französisch-tunischen Angelegenheit ist französischerseits ein Ultimatum an den Dei abgegangen, d. h. eine lezte, peremptorische Aufforderung zur Erfüllung der von Frankreich gestellten Ansprüche unter der Androhung gewaltamer Maßregeln zu deren Geltendmachung für den Weigerungsfall. Es verlautet nun, der Dei von Tunis habe infolge dieser Drohung nunmehr einen directen Bevollmächtigten behuß gütlicher Unterhandlungen mit Frankreich nach Paris entsandt.

In Dänemark haben die Neuwahlen zum Folketing (welches bekanntlich aufgelöst war, eine kleine Verschiebung der Parteien, anscheinend nach rechts, ergeben. Doch ist die Linke, die gemäßigte und die radikale zusammengerechnet, noch immer in bedeutender Mehrheit.

Das wichtigste Ereigniß der Woche ist der vollständige Sieg der republikanischen Partei in Frankreich bei den am 5. Jan. vollzogenen Ergänzungswahlen zum Senat. Aufsfolge dessen haben die Republikaner nun nicht blos eine sichere, sondern auch eine starke und imponirende Majorität im Senat, was — zusammen mit der ganz überwältigenden Majorität gleicher Geistung in der Abgeordnetenkammer — hoffentlich die Intrigen legitimistischer, ultramontaner und ähnlicher Eliten zur Herstellung einer Ordnung der Dinge, die fast unausbleiblich eine Bedrohung des Friedens nach außen und allemal eine Bedrohung Deutschlands sein würde, auf längere Zeit zur Ruhe verweisen wird.

Möge nur die so gestärkte und auf lange hin gesicherte republikanische Majorität in den beiden großen Gesetzgebungskörpern die für sie so günstige Lage dazu benutzen, die staatlichen Einrichtungen Frankreichs im Geiste nicht einer einzelnen Partei oder gar bloßer persönlicher Interessen, sondern im Geiste jener echten Selbstregierung, welche einem freien Volke geziemt, theiss zu conserviren, theils, soweit nöthig, zu reformiren. Zu letztem rechnen wir in allerster Linie die Ausbildung einer freien Gemeinde- und Bezirksverfassung und die Abschwächung der übertriebenen politisch-administrativen Centralisation, an welcher Frankreich zeithier unter allen Regierungen und allen Verfassungen gekrankt hat.

### Der Bericht der Tabaksenquête-Commission.

Der unter Nr. 144 der Drucksachen des Bundesrates Session 1878/79 nunmehr vorliegende Bericht der „Tabaksenquête-Commission“ über den Tabaksbau, den Handel mit Rohtabak, die Tabaksfabrikation und den Handel mit Tabakfabrikaten sowie über die Tabakbesteuerung im Deutschen Reiche, zerfällt in eine Einleitung und zwei Theile, deren zweiter die Besteuerung des Tabaks, Übergangsbestimmungen und das Schlussergebnis enthält, während der erstere über die oben genannten Materien (mit Ausnahme der Besteuerung) handelt. Die auf Grund des Bundesratsbeschlusses vom 4. Juli 1878 gebildete Commission bestand bekanntlich aus folgenden Mitgliedern: dem kaiserlichen Generalsdirector der Zölle und indirekten Steuern in Elsaß-Lothringen Fabrichius als Vorsitzendem, dem kai-

serlichen Geh. Regierungsrath im Reichskanzleramt Burchard, dem preußischen Geh. Oberfinanzrath Schomer, dem bairischen Oberrechnungsrath Heßler, dem sächsischen Finanzrath Schulz, dem württembergischen Obersteuerrath v. Moser, dem badischen Finanzrath Scherer, dem Vicepräsidenten der Handelskammer zu Bremen Nebelthau, dem Bürgermeister Dr. Groß (bairische Pfalz), dem Tabaksfabrikanten Schöppenberg und dem Rohatabakhändler Dr. Differe zu Mainz. Die Commission ist fünf Monate zusammengetragen.

Den Abschnitt „Tabaksbau“ können wir, wiewohl interessante, statistische und andere Angaben enthalten, bis auf weiteres übergehen, und aus dem ferner Abschnitte „Handel mit Rohtabak“ wird es genügen, anzuführen, daß im Jahre 1878 zur Zeit der Aufnahme 997 Rohatabahandlungen bestanden, von denen auf das deutsche Zollgebiet 680 Geschäfte entfallen, und daß der Personalbestand in den Rohatabahandlungen im Jahre 1877 zusammen 11752 und zur Zeit der Aufnahme 7819 Köpfe umfaßte. Bremen nimmt nach den statistischen Erhebungen rückstichtig des Artikels Tabak eine Welthandelsstellung ein, der Umsatz des Umsatzes bezifferte sich 1877 auf 109,121,827 M., nächst Bremen hat Hamburg für den Handel mit ausländischem Tabak die größte Bedeutung. Es werden in diesem Abschnitt ausführliche Angaben über Herstellung des Tabaks gemacht.

Dem dritten Abschnitt „Tabaksfabrikation“ entnehmen wir, daß die Gesamtzahl der Tabaksfabrikationsbetriebe 1878 zur Zeit der Aufnahme 15028 betragen hat, dem vierten Abschnitt „Handel mit Tabakfabrikaten“, daß im Zollgebiete 7053 und in den Zollauschlüssen 845 Handlungen mit Tabakfabrikaten bestanden; beschäftigt waren innerhalb der Geschäftsräume im Jahre 1878 im Zollgebiete 14853, in den Zollauschlüssen 1632 Personen sowie 700, resp. 443 außerhalb der Geschäfte.

Der wichtigste Gegenstand der Arbeit der Commission findet sich im zweiten Theil „Besteuerung des Tabaks“. Es war der Commission die Aufgabe gestellt: sich über die Einführung derjenigen Form der Tabakbesteuerung, welche sie als die zweckentsprechendste erkennt, gutachthlich zu äußern. Es lag zunächst in der Aufgabe der Commission, die einzelnen Gruppen der möglichen Steuerreform in systematischer Weise ins Auge zu fassen. Zu diesem Zwecke stellte die Commission einen Plan für die Besteuerung der Vorarbeiter auf. Es wurden für die einzelnen Besteuerungsformen Referenten und Correferenten bestimmt und zwar für 1) Besteuerung des Rohtabaks, 2) der Fabrikation, 3) des Verkaufs, insbesondere das Staatsmonopol für den Verkauf der Tabakfabrikation, welches Referat den Herren v. Moser, Scherer und Nebelthau zugeschlagen wurde. Wir folgen dem Bericht, indem wir zunächst das Gutachten über das Tabakmonopol berühren. Es ist hier nicht der Raum zur Besprechung, um nur annähernd die Gutachten der Referenten wiederzugeben zu können. Unser Auszug aus dem Bericht kann daher nur das Wesentliche erhalten. Im ersten Satze des Gutachtens heißt es:

„Handelt es sich einmal darum, aus der Besteuerung des Tabakverbrauchs einen wesentlich höheren Extrakt zu erzielen, als er gegenwärtig der Reichsfinne zusteht, dann stehen dem Monopol unter allen Umständen erhebliche Vorteile zur Seite. Vor allem ist es der reich, über das Verhältnis der Bevölkerung hinaus steigende Extrakt, durch den sich die monopolistische Besteuerungsform nach den anderen

— Unlangst erschien ein Bändchen meist humoristischer deutscher Gedichte, welches sich betitelt: „Stärkende Tropfen für Solche, denen die Welt im Wagen liegt. Angelegt und aufgewartet von Crassus“ (München, Braun u. Schneider). Der Verfasser (wir behaupten aufrichtig, unser Lesern mit dem wahren Namen des unter vorstehendem nom de guerre sich verborgenden Dichters nicht dienen zu können) ist jedenfalls identisch mit dem Crassus, der den Freunden der liegenden Blätter seit Jahren als geistreicher Mitarbeiter geläufig ist. Auf den Inhalt des Büchlein hier näher einzugehen verbietet uns schon die Pietät gegen den Autor, der in der „Borbette“ den naiven Wunsch ausspricht: „Ein jeder soll freudlich gebeten sein, Dies Büchlein ja nicht auszuleihen; Wer will durch diese Blätter schweinen, Mag selber in den Seidel greifen.“

— Die Volks-Zeitung schreibt aus Berlin: „Es hat sich hier eine Vereinigung von Magenärzten gebildet, die nicht nur eine Sammelstätte für alle in ihr Fach ganz besondere einschlagende Forschungen bieten will, sondern auch, soweit es möglich, alle Krankheitszettel vom Wagen fern zu halten bestrebt ist. Vor allem soll in jeder Familie das möglichst reine Brot (aqua destillata) und ein von Gärstoffen freies Brot vorhanden sein. Große Geschäftshäuser haben ihr erstes sehr wohlseile Destillatraparate, die sich an einem gewöhnlichen auf dem Herde befindlichen Wasserhessel leicht von der Kochlinie anfügen lassen, hergestellt. Auch ist das von Gärstoff freie Brot bereits gebacken worden.“

— Eisenach, 2. Jan. Die Ihnen angeläufige Einweihung unseres neuen Theaters wurde gestern Abend programmgemäß und ohne jede Störung vollzogen. Das Haus war überfüllt; das Publikum enthielt sich in Würdigung der Wünsche des Stifters jeder Ovation für denselben. Die Vorstellung von „Minna von Barnhelm“ nub der Jubelouverture ging ein von Dr. Weitemeyer gedichteter Prolog voraus, den Fr. Göthe sehr gut vortrug.

wärts gemacht  
einziges  
gewesen,  
deren  
die Szenen  
seinen E  
möglich,  
zuführen.  
und des  
welche do  
sonders  
den Aus  
unter de  
barauf hi  
rationelle  
schaft wi  
Behauptu  
in die D  
nisse eine  
Beispiel  
war die  
Interesse  
formen f  
aber eine  
Berichtu  
welche ke  
des deut  
Monopol  
Abzug der  
34 Pf. au  
Das  
Gründe  
Tabakdr  
ungslustig  
den volls  
Reiche b  
werden v  
der Gesa  
Unter  
Rohatabac  
pol ohne  
Reiche nu  
Rohatabac  
Es werde  
Monopol  
Die  
den Geg  
sprach sic  
den Steu  
Deutschla  
alle der  
In  
geltend g  
dass das  
dern Vor  
es sich un  
Der Vor  
steuerung  
zolles au  
Belastung  
zu erziele  
und hat  
dem Reic  
dient. D  
dieses En  
es sich ni  
Verbringe  
schrieben,  
das erwäh  
Einführun  
Überrhe  
der Frage  
neuen Sy  
Richtung  
gefahrt un  
Das  
daz der  
geeignete  
sei. Für  
schein e  
scheinend,  
würde; mi  
Belastung  
ertragen se  
eine Bela  
zur Anwen  
liche Mitgl  
des Tabac  
dasselbe in  
1878 dem  
Gewährung  
spricht. D  
drei Mitgl  
Tabakfabri  
Groß, Fr  
v. Moser)  
des Rohtab  
vereinigten  
Stimmen.

### Rechtsgrundlage des Reichs-Oberhandelsgerichts.

(Nachdruck verboten. Gesetz vom 17. Juni 1870.)

\*\* Leipzig, 4. Jan. Neue Rechtsgrundlage des Reichs-Oberhandelsgerichts sind folgende:

1) Nach §. 3, Nr. 1, des Reichs-Hafstichtgesetzes vom 7. Juni 1871 kann (unter den Voraussetzungen der §§. 1 und 2 dieses Gesetzes) derjenige, welcher von dem durch einen Unfall getöteten zur Zeit des Todes Unterhalt gesetzlich zu fordern hatte, von dem Entschädigungsverpflichteten insoweit Erfah verlangen, als ihm infolge des Todesfalles der Unterhalt entzogen worden ist. Dieser Anspruch ist davon, daß die Unterhaltsverpflichtung des Verunglückten bereits zur Zeit des Unfalls vorhanden war, unabhängig, gebürt also namentlich auch der Witwe und den Kindern des Verunglückten aus einer erst nach dem Unfall eingegangenen Ehe.

2) Der Markt- und Börsenpreis ist derjenige durchschnittliche Preis, welcher sich bei Vergleichung einer erheblichen Zahl geschlossener Geschäfte als der von den bestehenden persönlichen Beziehungen und sonstigen speziellen Umständen des Geschäftsschlusses unabhängige gemeine Wert der betreffenden Ware darstellt. Ob die tatsächlichen Unterlagen dieser Vergleichung in dem concreten Falle zu beweisen sind oder eines Beweises deshalb nicht bedürfen, weil ihr Ergebnis in der amtlich festgestellten und veröffentlichten Beweisausgabe bereits glaubhaft, präsumitiv richtigen Ausdruck gefunden hat, ist lediglich Beweisfrage. Keineswegs ist der Begriff „Markt- und Börsenpreis“ im Sinne des Handelsgesetzbuchs auf die Fälle willkürlicher amtlicher Preisfeststellung beschränkt.

3) Nach dem Markenbuchgesetz vom 30. Nov. 1874 gilt als berechtigt zur Führung des für die Firma angemeldeten Waarenzeichens derjenige, welcher im Handelsregister als Inhaber der Firma eingetragen ist. Wenn ihm die Berechtigung zur Führung der Firma von einem Andern streitig gemacht wird, bleibt er dennoch zur ausschließlichen Führung des Waarenzeichens der Firma berechtigt, solange seine Eintragung im Handelsregister als Inhaber der Firma keine Aenderung erlitten hat. Es ist daher derjenige, welcher ihm das Recht bestreitet, sich des Waarenzeichens zu bedienen, weil er zur Führung der Firma nicht berechtigt sei, auf den durch Art. 27 des Handelsgesetzbuchs dargebotenen Weg der Klage auf Berichtigung des Handelsregisters angewiesen, indem die Berichtigung des Eintrags des unterrichteten und die Eintragung des berechtigten Inhabers der Firma die Aufhebung der Berechtigung des Erstern zur Führung des der Firma zustehenden Waarenzeichens von selbst zur Folge hat. Das Markenbuchgesetz bietet weder einen Anhalt dafür, daß neben der Thatsache der Eintragung des Anmeldenden mit einer Firma im Handelsregister auch die Berechtigung derselben zur Führung der eingetragenen Firma eine weitere Voraussetzung des Rechts zur Führung des Waarenzeichens bilden soll, noch läßt sich aus dem Gesetz entnehmen, daß durch die Anmeldung des Waarenzeichens erworbene Recht schon dann erlischt, wenn die Berichtigung zur Führung der im Handelsregister eingetragenen Firma aufhört oder als nicht vorhanden dargetan wird.

4) Nach Gemeinem Recht tritt der Cessiorat durch den Act der Cession sofort an die Stelle des ursprünglichen Gläubigers (Cedenten), und es wird durch die Denunciation — das ist die Bekanntmachung des Schuldners mit der erfolgten Abtreitung der Forderung — die Geltendmachung von Einkreden des Schuldners aus der Person des Cedenten, die erst nach der Denunciation entstanden sind, ebenso ausgeschlossen, wenn die Denunciation von Seiten des Cedenten erfolgt, wie wenn sie der Cessiorat vornimmt.

5) Das Reichsgesetz vom 11. Jan. 1876, betreffend das Urheberrecht an Mustern und Modellen, verleiht in Ansehung der Muster seines Schutzes nur den sogenannten Form- oder Geschmacksmustern, d. h. Mustern, welche durch neue und eigenhümliche Zeichnung, Farbegebung oder plastische Form eines Industrieerzeugnisses den Geschmack der Kauflustigen zu befriedigen suchen, nicht auch den sogenannten Rücksichts- oder Gebrauchs-Mustern, bei welchen nur die an die Form sich knüpfende besondere Rücksicht und Brauchbarkeit des Industrie-Erzeugnisses diesem besondern Wert verleiht, also das Neue und Eigenhümliche nicht in der Form für sich, sondern wesentlich in der gewerblichen Brauchbarkeit zu finden ist. Dergleichen Muster können, als Erfindungen, nur bei dem Reichs-Patentgesetz vom 25. Mai 1877 Schutz suchen.

6) Durch unbeauftragte Ehrenzahlung eines Wechsels kann der Zahrende, wenngleich er die Erhebung ordnungsmäßigen Protestes verhängt und hierdurch das Recht aus Art. 63 der Wechselordnung eingeblützt hat, einen Anspruch auf Erstattung des Gezahlten gegen den Honoraten erwerben, und zwar aus dem Rechtsgrunde der Geschäftsführung ohne Auftrag, es bedarf aber dieser Anspruch einer Motivierung nach den bezüglichen allgemeinen Prinzipien. Die Ansicht, daß solcher Ehrenzahler günstiger zu beurtheilen sei als ein anderer Geschäftsführer ohne Auftrag, ist unrichtig.

### Deutsches Reich.

× Berlin, 5. Jan. Die Kölnische Zeitung ließ sich aus Berlin telegraphiren: es habe die Absicht bestanden, diejenigen Handelsverträge zwischen auswärtigen Staaten und dem Zollverein, deren Kündigung noch nicht erfolgt war, vor Ablauf des vergangenen Jahres zu kündigen. Diese Meldung ist nicht richtig. Nur diejenigen Verträge, welche ein Tarifverhältnis zwischen dem betreffenden Staat und dem Deutschen Kaiser als dem rechtmäßigen Nachfolger des Deutschen Zollvereins begründet haben, sollten gekündigt werden. Verträge solcher Art bestanden nur noch 1) zwischen Deutschland und Belgien und 2) zwischen Deutschland und der Schweiz. Diese Verträge ließen aber am 31. Dec. 1848 ab, selbstverständlich mit dem Vorbehalt einer anderweitigen Verständigung. — Eine hiesige Correspondenz will wissen,

die in mehreren Fällen erfolgte Aufhebung der am Grund des Socialistengesetzes verhängten Verbote von Druckschriften sei aus Anlaß vertraulichen Einwirkens des Ministers des Innern geschehen. Unter anderm habe derselbe das Verbot der Zittauer Zeitung aufgehoben, obwohl noch keine Beschwerde über das Verbot erhoben gewesen sei. Diese Aufhebung des Verbotes habe hingereicht, ein gleiches auch von Dresden aus herbeizuführen. Diese ganze Darstellung ist aus der Lust gegriffen. Ein Vortrag über diesen Gegenstand in der Beschwerdecommission ist nicht vorgekommen. Offenbar kam es dem Correspondenten nur darauf an, eine Nutzanwendung dahin anzubringen, daß der Minister des Innern die Fehler seiner Beamten im stillen gut mache und sie dann vertheidige; deshalb könnten die Liberalen gegen solches Verfahren nicht wachsam und thätig genug sein. Abgesehen davon, daß der zittauer Kreishauptmann nicht zu den Beamten des preußischen Ministeriums gehört, ist nicht einzusehen, wieso das Bestreben derselben, die Fehler seiner Beamten schnell und vertraulich zu verbreitern, zu tadeln sei; es müßte denn der Umstand sein, daß die Opposition dadurch die Aussicht verliert, die Fehler in der Öffentlichkeit auszubeuten.

N.L.C. Berlin, 5. Jan. Die République française hat am Jahreswechsel einen Rückblick auf die Reorganisation Frankreichs geworfen. Sie ist mit der Wiedergeburt im allgemeinen zufrieden; nur über den Stand der Neuorganisation der Armee ergeht sie sich in bittern Tadel. Zugleich entwickelt sie in mehreren Artikeln ihre diesbezüglichen Forderungen und schließt mit dem Satz: „Man erfülle dieselben, und Frankreich wird alsbald die Frucht der zahlreichen Opfer ernten, die es für seine Armee gebracht hat.“ Dieser Reden Sinn ist etwas dunkel. Vielleicht findet man seine Deutung, wenn man sich erinnert, daß seinerzeit der Plan der Armeereorganisation in ganz Frankreich als die Vorbereitung der Revanche begrüßt wurde. Das Organ des Hrn. Gambetta mag es für nötig halten, ab und zu durch Neubekämpfung dieser Anschauplatz die Franzosen zum Ertragen der gegen die Napoleonische Zeit unvergleichlich drückender gewordenen Militärlast willfähriger zu machen. Auf der andern Seite aber kann das leidlich gute Verhältniß, welches sich in den letzten Jahren zwischen Deutschland und Frankreich zu beiderseitigem Vortheil wieder gebildet hat, aus solchen Zweideutigkeiten sicherlich keinen Gewinn ziehen.

— Aus Berlin vom 4. Jan. wird der Kölnischen Zeitung berichtet: „Die Sitzung der Commission für die Reform des Zolltarifs wurde gestern Morgen um 11 Uhr im Reichskanzleramt durch eine Ansprache des Ministers Hofmann eröffnet und der Vorsitzende der Commission hielt eine Begrüßungsrede. Weiter wissen die heutigen Morgenblätter über diese Sitzung nichts zu berichten. Das wichtigste Ereignis der Sitzung ist ihnen unbekannt geblieben. Es wurde nämlich ein neues Schreiben des Reichskanzlers verlesen, das in mehr als Einer Hinsicht merkwürdig ist. Zunächst dadurch, daß Fürst Bismarck trotz des Ergebnisses der Tabakuntersuchungscommission noch keineswegs zu andern Ansichten belehrt worden ist, sondern ihm das Rohtabakmonopol noch immer als Ideal vorschwebt; sodann betont er in dem Schreiben die Rohwendigkeit, durch die Zollreform den Finanzen des Reiches zu Hülfe zu kommen, sodass, wie es scheint, die volkswirtschaftlichen Geschäftspunkte den finanziellen Bedürfnissen untergeordnet werden sollen. Es leidet wohl keine Frage, daß die Mehrzahl der 15 Mitglieder der Commission im wesentlichen unter dem Einflusse der Ansichten des Reichskanzlers stehen wird. Indessen gehen die Ansichten der Regierungen noch weit auseinander und das schließliche Ergebnis der Commission wird wöl in manchen Punkten noch abweichen von den Vorschlägen Bismarck's. Ueber die Haltung des Reichstages läßt sich noch nichts Gewisses voraussehen.“

Der Magdeburgischen Zeitung schreibt man aus Berlin vom 4. Jan.: „Ueber die Verhandlungen der Tarifrevisionscommission wird von den Commissionsmitgliedern absolutes Stillschweigen beobachtet werden. Als Grund für dasselbe wird geltend gemacht, daß durch das Bekanntwerden der ursprünglichen Beschlüsse, welche bei der definitiven Beschlussfassung doch eine Änderung erfahren könnten, leicht eine nachteilige Verwirrung in einzelne Industrie- und Handelszweige getragen würde. Von Interesse dürfte die Mitteilung sein, daß schon im November 1877 der damalige Finanzminister Camphausen vom Reichskanzler mit der Ausarbeitung eines neuen Zolltariffs für das Reich beauftragt worden ist.“

Der Neuen Magdeburgischen Zeitung berichtet man aus der Tarifcommission: „Die Beschlussfassung über die geschäftliche Behandlung wird wesentlich dadurch erleichtert werden, daß eine entschiedene Mehrheit der Commission wie auch der Bundesregierungen schon jetzt mit den Grundzügen des vom Reichskanzler in seinem Schreiben vom 15. Dec. v. J. entwickelten zollpolitischen Programms einverstanden ist. Eine ver-

gängige principielle Discussion könnte nur etwa von der Minderheit der Commission veranlaßt werden. Im Sinne der Mehrheit dürfte es liegen, sofort in die Arbeit einzutreten in der Weise, daß die Positionen des Bölltarifs in so viele Gruppen getheilt werden, als die Commission Mitglieder zählt, und für jede Gruppe ein Mitglied zum Referenten bestellt wird. So hofft man, wenn auch mit großer Anstrengung binnen sechs Wochen die Arbeit zu erledigen. Bei der erwähnten Gruppenbildung würden diejenigen Positionen, welche ein vorwiegend politisches Interesse haben, möglichst in eine Gruppe zusammengefaßt werden. Es gehören dahn namentlich diejenigen Finanzzollpositionen, über welche man sich bereits in der bekannten heidelberger Conferenz geeinigt hat und welche unter Modification des ursprünglichen Gedankens, die betreffenden im preußischen Finanzministerium ausgearbeiteten Vorlagen direct an den Bundesrat zu bringen, von der Commission in ihrem Entwurf des revidirten Tarifs aufgenommen werden soll. Es werden dabei neben einem einzuführenden Petroleumzoll insbesondere Bollerhöhungen auf Kaffee, Thee und Zucker genannt. Zu derselben politischen Gruppe wird aber auch die Frage der landwirtschaftlichen Zölle gestellt werden."

— Die National-Liberale Correspondenz schreibt: „Der Bericht der Tabakskommission an den Bundesrat liegt nunmehr vor, und die «Post» unterwirft denselben einer Besprechung. Da erfahren wir denn zu unserm nicht geringen Erstaunen, daß in der Commission das Monopol einen glänzenden Sieg davongetragen hat. Freilich haben von 11 Mitgliedern der Commission 8 Mitglieder gegen das Monopol gestimmt, aber die Grinde der monopolfreundlichen Minorität sind nach der «Post» von gebiegener und schroffsinnigster Natur, während die Grinde der Majorität „überwiegend die bekannten Trivialitäten der Manchester-Schule wiederholen“. Unter diesen Umständen ist die «Post» der Ansicht: „Nach dieser Gegenüberstellung von Gründen ist die Monopolfrage zwar durch die Majorität der Commission verneint, für das unbefangene erste Urtheil aber zu Gunsten des Monopols entschieden.“ Die «Post» sagt also damit, daß das Urtheil der großen Mehrheit einer vom Bundesrat eingesetzten und mit amtlichem Charakter ausgestatteten Commission als ein unbefangenes und ernstes nicht zu betrachten. Vor einigen Tagen behauptete die «Post», daß die bisherige Wirtschaftspolitik, welche seit anderthalb Jahrzehnten unter der Regie des Fürsten Bismarck gestanden hat, Fiasco, und zwar schmälerisch Fiasco gemacht habe; heute wirft sie einer amtlichen Körperschaft eine ganze Hand voll Ungezogenheiten an den Kopf und beschuldigt dieselbe indirect der Pflichtverletzung — daß alles lediglich deshalb, weil die große Mehrheit dieser 11 sachverständigen Männer sich erlaubt hat, über die zweitmäßige Art der Nutzarmachung des Tabaks für die Reichsfinanzen anderer Ansicht zu sein als die «Post». Diese bisher unbekannte Weise der Förderung der staatlichen Autorität scheint auch zu den Eigenthümlichkeiten des Conservatismus nach der neuesten Mode zu gehören.“

Die für das Tabakmonopol mit am stärksten eifernde «Post» meint gleichwohl: „Lassen sich vorläufig andere Steuerquellen, welche den nächsten Bedarf decken, aufstellen, so ist dies vielleicht in mehr als einer Beziehung gut. Das Tabakmonopol mag eines Tags zur Einführung kommen mit geringern Ansprüchen an sofortige grohe Ertragsteilungen als jetzt, und dies wird ein günstiger Umstand sein für die sichere Erschließung dieser Einnahmequelle.“

Die Weser-Zeitung bemerkt: „In England bekanntlich im vorigen Sommer Regierung und Parlament eine sehr beträchtliche Erhöhung des Tabakzolles. Die jetzt veröffentlichten Ausweise der Staatseinnahmen ergeben die bemerkenswerthe Thatache, daß nichtdestoweniger die Einnahmen aus dem Tabakzoll sich nicht gesteigert haben. Der Import und vermutlich auch der Consum müssen also zurückgegangen sein.“

— Zu der von verschiedenen Seiten gebrachten Nachricht, daß binnen kurzer Zeit an den Bundesrat Vorlagen wegen Erhöhung des Kaffeezolles und Einführung eines Zolles auf Petroleum, gemäß den Beschlüssen der Heidelberger Conferenz, gelangen werden, schreibt die Ostsee-Zeitung: „Diese Mittheilung ist insofern von Interesse, als danach zu erwarten ist, daß die Erhöhung, resp. Neueinführung von Finanzzöllen — abgesehen von der Frage der Einführung der Zollpflichtigkeit aller vom Auslande eingehenden Waaren — vorerhand unabhängig von der allgemeinen Revision des Bölltarifs — gemäß dem vom Reichsfanzler vorgelegten Programm behandelt werden wird. Für die praktische Gestaltung des «Finanz» und der «Zollreform» kann dies von Wichtigkeit werden, sei es nun, daß die baldige Erhöhung der Finanzzölle ermöglicht wird, auch wenn die sonstige «Zollreform» sich verzögern sollte, sei es, daß dadurch die letztere selbst beschleunigt wird. Jedenfalls ist mit Bestimm-

heit anzunehmen, daß seitens der Reichsregierung alles aufgeboten werden wird, um die Vorbereitungen der Reform so schnell wie irgendmöglich zu beenden, damit der Reichstag bei seinem Zusammentritt, etwa zu Beginn der zweiten Hälfte des nächsten Monats, sich sofort mit der Sache befassen kann.“

— Die Weser-Zeitung bemerkt zu dem Besluß des Centralverbandes der deutschen Lederindustrien, dem Fürsten Bismarck ein Gesuch um Veranstellung einer Enquête über die Lage der deutschen Lederindustrie von einer Commission persönlich überreichen zu lassen:

Unverständiger kann kaum ein Gewerbe handeln, als wie es hier die Gerde vorhaben. Denn wenn wirklich die allgemeine Zollpflicht durchgeführt, resp. wenn der Lederzoll erhöht wird, so wird zwar das fremde, insbesondere das amerikanische Gemütsleid einigermaßen von unseren Grenzen fern gehalten. Allein glauben die Gerde etwa, daß dann rohe Hände und Lederhände nicht durch dieselbe allgemeine Zollpflicht verhindert würden? Würden nicht auch Viehhölle den Preis der rohen Hände steigen? Und vollends liegt es auf den Hand, daß unsere hochentwickelte Lederwarenindustrie, welche sehr stark exportirt, an Rundschiff im Auslande verlieren würde, wenn sie wesentlich thrennes Leder bei durch Getreibedölle wesentlich erhöhten Arbeitslöhnen verarbeitet müßte? Der Ruin unserer Lederexportindustrie und der Rückgang des Lederconsums wäre die unausbleibliche Folge der allgemeinen Zollpflicht.

— Die National-Zeitung schreibt: „Durch verschiedene Blätter gehen mehr oder weniger verschleierte Andeutungen, als wenn die von dem Verein zur Förderung des Freihandels dem Bundesrat überreichte Denkschrift unter Mitarbeiterschaft des ehemaligen Präsidenten des Reichskanzleramtes (Delbrück) entstanden sei. Wir sind in der Lage, diese Andeutungen für unbegründet zu erklären. Die Denkschrift ist, wie wir mit Sicherheit erfahren, von L. Bamberg allein entworfen und ausgearbeitet, wie jedem, der ein Schriftstück nach seiner Form zu beurtheilen vermag, von selbst bemerkbar geworden sein wird. Dass er es nicht der Deutschnlichkeit übergeben haben mag, ohne sachverständiges Urtheil über einzelnes zu hören, liegt ebenso in der Natur der Dinge. Was Staatsminister Dr. Delbrück angeht, so wissen wir, daß er dem Verein für Freihandels nicht beigetreten ist, und die, welche im Parlament auf seine werthältige Unterstützung gegen die wirtschaftliche Reaction rechnen, sind am meisten damit einverstanden, daß er sich an der Vereinspropaganda nicht beteiligt.“

— In einer Jahresübersicht über die europäischen Armeen sagt ein Fachmann in der National-Zeitung bezüglich der österreichischen Armee: die kleine Probe des vorigen Jahres habe gezeigt, daß das Heer von 1866 fast ganz verschwunden und ein sehr viel wertvollerer an seine Stelle getreten ist. Sehr anerkannt werden die Fortschritte der französischen Armee, da gegen habe das russische Heer durch die eben überstandene Kraftprobe gezeigt, daß sein innerer Wert nicht gleichmäßig mit seiner Zahlengröße gewachsen sei.

— Die «Germania» enthält folgendes: „Die Lage des Heiligen Vaters ist, wie wir wiederholt mitgetheilt haben, finanziell überaus bedrängt. Trotz der größten Einschränkungen, die er angeordnet, ist er nicht im Stande, die an ihn aus allen Ländern gehenden dringenden Anforderungen auch nur theilweise zu befriedigen. Es erscheint darum vor allem eine neue Organisation der Michaelvereine geboten, deren Aufgabe die Unterhaltung des Heiligen Vaters ist. Sicherlich wird die Bitte, die aus Rom von Sanct-Peter's Stuhl kommt, nicht ungehört und unerfüllt verhallen; auch Deutschlands Katholiken werden sich, obwohl schwer geprägt und gedrückt durch die Lasten, die ihnen der «Culturkampf» gebracht, der Pflichten nicht entziehen, die ihnen die Liebe zu dem erhabenen Oberhaupt unserer heiligen Kirche auferlegt, das eben erst einen wahrhaft rührenden Beweis seiner Liebe zu unserm Vaterlande und seiner Sorge für unser Wohl gegeben hat. Clerus und Volk werden zusammen handeln und gemeinsame Opfer zu bringen wissen.“

— Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 wurden verboten: die im Verlage von F. Hoffschläger zu Berlin herausgegebene periodische Druckschrift „Der Botschafter. Organ für die Tabakarbeiter Deutschlands“; die vom 29. Dec. 1878 datirte Nr. 3 der im Verlage von F. Goetschald zu Brüssel erscheinenden periodischen Druckschrift „Die Laterne“, von Karl Hirsch; die nichtperiodischen Druckschriften: „Ein unglaublicher Agitator oder Die Grund- und Bodenfrage, Lustspiel in zwei Acten von A. O. Walster“ (Saint-Louis 1877); „Religion und Socialismus, eine nachgelassene Schrift aus dem Jahre 1869, von Dr. C. Vorittau“ (Leipzig, Druck von R. E. Höhme); „Arbeiterprogramm über den besondern Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes, von Ferdinand Lassalle“ (Chicago 1872); die Druckschrift „Assistenten, gehalten vor den Geschworenen zu Düsseldorf am 3. Mai 1849 von Ferdinand Lassalle“ (Braunschweig 1876, Druck und Verlag von W. Braude jun.); die in dem Verlage von W. Braude jun. erschienene Druckschrift „Bolkskander“ (Braunschweig 1878).

Preußen. Der Neuen Frankfurter Presse berichtet man aus Fulda: „Es geht das Gerücht, dass nächst solle dahier eine große Katholikenversammlung in der Angelegenheit des Culturkampfes stattfinden.“

— Die National-Zeitung berichtet aus Berlin vom 4. Jan.: „Ein französischer Offizier a. D., der verschiedene Schwundreien ausgeführt, wurde hier zur Haft gebracht. Bei seiner Verhaftung machte sich der selbe durch Beträgen diverser Schriftstücke sehr verdächtig. Die Stücke wurden gesammelt und erwiesen sich als politische Correspondenzen und Gedichte.“

Braunschweig. Zur braunschweigischen Regentschaftsfrage bringt die neueste Magdeburgische Zeitung einige interessante Mittheilungen, aus welchen hervorgeht, daß der Herzog von Braunschweig an ein Aufhören der Selbständigkeit seines Herzogthums nicht denkt und daß er dem Prinzen Ernst August von Cumberland wohlgeheissen ist. „Des gestern Proteste“, so heißt es in der betreffenden braunschweigischen Correspondenz des genannten Blattes, „haben doch kaum eine Bedeutung weder für das Reich noch (bei Lebzeiten des Herzogs Wilhelm) für das Herzogthum. Der Herzog ist mehr Herrscher als man glaubt, und er denkt bei seiner Rüstigkeit noch gar nicht daran, vom Regiment zurückzutreten. Um seinen Thronnachfolger zerbricht er sich durchaus nicht den Kopf, da er mit Sicherheit weiß, wie der Gang der Dinge sein wird; er wird — wenn er anders erfahren hat — weidlich gelacht haben über das allen Ernstes in einer angesehenen Zeitung aufgetischte Märchen, der Kommandant von Magdeburg habe Auftrag, unmittelbar nach dem Tode des Herzogs Wilhelm sein Land in die große preußische Pfanne zu schlagen. Es mag hier auch gleich mit erwähnt sein, daß erst ganz kürzlich der Kronprinz des Deutschen Reiches gegenüber einem Berliner Gelehrten, der in Braunschweig Verwandte hat, gesprächsweise äußerte, daß Preußen gar nicht daran denke, sich das Herzogthum einzuerleben.“

Anhalt. Der Magdeburgischen Zeitung berichtet man aus Dessau vom 4. Jan.: „Der Minister des herzoglichen Hauses, Graf Solms, hat gestern seine Entlassung erhalten.“

Freie Städte. Der National-Zeitung berichtet man aus Hamburg vom 3. Jan.: „Verschiedene Zeitungen berichten, daß in Sachen des hamburgischen Dampfers Pommernia bereits ein Erkenntniß seitens des hiesigen Seeamtes abgegeben und daß der Kapitän des Dampfers, Dr. Schwensen, freigesprochen sei. Diese Mittheilung ist völlig aus der Luft gegriffen. Mitte December hat das hiesige Seeamt unter dem Vorsitz des Handelsgerichtspräsidenten Dr. Albrecht in zwei Sitzungen den Kapitän Schwensen, die geretteten Offiziere (Steuerleute) und Mannschaften sowie einige Passagiere des untergegangenen Dampfers vernommen, die weitere Behandlung jedoch ausgesetzt, bis die Akten der von den englischen Behörden in Sachen des Zusammenstoßes angestellten Untersuchungen eingegangen, was bis jetzt noch nicht geschehen ist. Kapitän Schwensen, sowie der erste Offizier Franzen, welcher im Moment des Zusammenstoßes das Commando der Pommernia führte, haben vom Seeamt die Weisung erhalten, sich bis auf weiteres nicht von Hamburg zu entfernen. Dass Kapitän Schwensen von jeglicher Schuld freigesprochen wird, steht übrigens außer allem Zweifel; die Direction der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actiengesellschaft, die Besitzerin des untergegangenen Dampfers, wird, im Hinblick auf die ehrenvolle Vergangenheit und das tadellose und mutige Benehmen des alten, braven Kapitäns während der Katastrophe der Pommernia denselben auch wieder das Commando eines Schiffes anvertrauen, was bisher bei andern Kapitänen der Gesellschaft bei ähnlichen Vorlommessen noch nie geschehen ist.“

Baiern. Der Augsburger Allgemeinen Zeitung schreibt man aus Würzburg vom 2. Jan.: „Die zur heutigen Feier des 297. Stiftungstages der königlichen Julius-Maximilian-Universität vom derzeitigen Rector Professor Dr. Adolf Fick gehaltene Rede liegt uns bereits im Druck vor. Da dieselbe auch der blutigen Gewaltthat Erwähnung ihrt, welche vor wenigen Wochen die furchtbare Aufregung in allen hiesigen Kreisen hervorrief, und deren gerichtlichem Austrage, man darf sagen in ganz Deutschland, mit größter Spannung entgegengesehen wird, so mögen die von edelster Gesinnung eingegebenen Worte des verdienstvollen Gelehrten hier eine Stelle finden. Professor Fick sagte:

„Leider kann ich die Aufzählung der Ereignisse des vergangenen Jahres nicht schließen, ohne eines beklagenswerthen Unfalls zu gedenken, der noch in den letzten Tagen des selben stattgefunden hat. In der Nacht vom 15. auf den 16. Dec. nämlich wurde ein Kandidat der Medizin, Karl Sieden aus Lichtenau in Westfalen, der einzige Sohn seines Vaters, von einer Militärpatrouille, die ihn als Arrestanten begleitete, und der er entflohen wollte, durch einen Schuß augenblicklich getötet. Noch sind wir, noch ist die ganze Bevölkerung dieser Stadt, ja ich darf sagen, ist das ganze deutsche Volk in banger gespannter Erwartung des Richterspruches, welcher entscheiden wird, ob hier eine schwere

Berghaltung verhängnisvoll gefallen ist. liegt in diesem Maße und in dieser Stellung sprechen soll, lebhafte ist, gelingt, die anderen, daß nur geringe oder das Leben keine Reinigung ihrer allgemeinen Pflicht sich Charakter und Klassensystem allgemein sich zu stimmen, Ausdehnung ergriffen, in Tausend ist erst neuerlich war. Ein Gesetz hat droht die Diese durch Grundbedürfnis gewiss vor dem Befreiung voraus, und er hat den Anschlag auf sich auslösende

— Der München 72. Lebens des protestantischen war am 1. worden und er hat Arbeiten und hervor politische C fanntlich v Theil der getheilt wo constitorium und erster S ist als ein Gesinnung und er ist, versichert ! tung; seine Kirche Bai Kreisen die

Württemberg ergangen einem sehr richtig sein Bölltarif des Inneren Dienstes geachteten und Gewei dieser in langer Leb retischen schauung ? punkt wuung hinglärkt, sich socialpolitisch sich der Dingen an matischer ?

Elsachern Num Entwurf e. Bestimmung schlägt im südlichen und gehörigen Land zu ü die für die dem Land von den pflichtungen jüdische Ober mit dem Kolmar aufrecht erstattung ausgaben darf vom 15. Directen Schulen den

bericht, dass sammelt, stattet in vom D., der hier zur sich vertrat, verwiesen ist." Einziger geburten, aus schweiz Herzog Ernst legtern schweiz, "haben noch Herzog, daran, eunach, da er ge sein hat — in einer Com- mittelbar und in tag hier fürlich einem wandte r nicht n." berichtet der des n seine berichtet biedene abgerufen, seitens Kapitänen sei, griffen, r dem rechtferteten einige kommen, Acten s. Bu- angang, Swen- er im so der Beisig- erg zu eßlicher allem nischen unter- ehren- u thige id der wieder s bis- alischen eitung. „Die könig- vom alten iefselbe welche in lichem mit en die ver- Pro- s ver- erheit in den Karl seines lant. Schuh ganze ganze richter- hwers berichtung des Patrouillenführers vorliegt, oder ob der verhängnisvolle Schuß in strenger Befolgung des Gesetzes gefallen ist. Wie die Entscheidung auch lauten wird, so liegt in diesem nicht genug zu beflogenden Unglücksfall eine eruste Mahnung an die akademische Jugend ganz Deutschlands und unserer Hochschule insbesondere, welche ich von dieser Stelle aus im Namen des akademischen Senats aussprechen soll. Der Unglücksfall hat in weitesten Kreisen die lebhafte Theilnahme rege gemacht, der es möglicherweise gelingt, die militärischen Dienstvorschriften so weit abzubauen, daß nicht mehr das Leben von Personen, die sich nur geringfügiger Verfehlungen schuldig gemacht haben, oder das Leben von ganz zufällig Vorübergehenden gefährdet werden kann. Soll aber diese Theilnahme der öffentlichen Meinung nicht abgeschwächt werden, so ist es pietätische Pflicht der studirenden Jugend jetzt mehr als je, es zu ihrer allgemeinen Ehrensache zu machen, daß keins ihrer Glieder sich zu Handlungen hintrühen läßt, welche den Charakter mutwilliger Herausforderung anderer Bevölkerungsklassen an sich tragen. Ist doch schon unser Zeit im allgemeinen danach angegangen, jeden zu ernster Einfehr in fü zu stimmen. Eine Rührung hat in nie dagewesener Ausdehnung das Erwerbsleben der ganzen gebildeten Welt ergriffen, und hat namentlich in unserm Vaterlande viele Tausende ins Elend gestürzt. Dazu hängt über dem eben erst neuerrstandenen Deutschen Reich eine schwere Gewitterwolke. Ein Geist der Ausfehnung gegen das bestehende Gesetz hat in erfreudendem Maße um sich geprägt und droht die Grundlagen der Gesellschaft zu unterwühlen. Diese furchtbare Gefahr legt jedem, der Einsicht in die Grundbedingungen der allgemeinen Wohlfahrt hat, somit gewiß vor allem dem akademischen Bürger, die Pflicht auf, mit dem Beispiel der Unterordnung unter die bestehenden Gelege vorzugeben, besonders aber alles zu vermeiden, was den Anschein erwecken könnte, als beanspruche er ein Vorrecht vor seinen Mitbürgern, wodurch der so schon hochauflodernde Klassenkampf nur Nahrung finden müßte."

Der Augsburger Allgemeine Zeitung wird aus München vom 3. Jan. geschrieben: „Der in seinem 72. Lebensjahr in den Ruhestand tretende Präsident des protestantischen Oberconsistoriums, Dr. v. Harles, war am 1. Oct. 1852 zu dieser hohen Stelle ernannt worden und bekleidet dieselbe sonach über 26 Jahre, und er hatte während dieses Zeiträumes auch an den Arbeiten der Kammer der Reichsräthe den thätigsten und hervorragendsten Anteil genommen. Der religiöspolitische Standpunkt des Hrn. v. Harles ist aber bekanntlich von einem großen, vielleicht dem größtern Theil der protestantischen Bevölkerung Baierns nicht getheilt worden. Der neuernannte Präsident des Oberconsistoriums, Dr. Meyer, früher lange Jahre Defan und erster Pfarrer an der hiesigen protestantischen Kirche, ist als ein wissenschaftlich hochgebildeter, von toleranten Gesinnungen beeindruckter Geistlicher allgemein bekannt, und er ist, wie uns in hiesigen protestantischen Kreisen versichert wird, kein Anhänger der orthodoxen Richtung; seine Berührung an die Spiege der protestantischen Kirche Baierns erregt denn auch in den genannten Kreisen die vollste Befriedigung.“

Württemberg. Aus der II. Kammer Württembergs erzählt die National-Liberale Correspondenz folgenden eigenhümlichen Vorgang; sie entnimmt ihn einem schwäbischen Organ, also werde er wohl richtig sein: „Dr. v. Barnbiller, der Vorsitzende der Polizei-commission des Reiches und Nachfolger Delbrück's als handelspolitischer Vertrauensmann des Reichskanzlers, suchte im Bunde mit zwei andern Freiconservativen in offener Kammer den Minister des Innern zum Einschreiten gegen einen der verdienstvollen Beamten des Landes, den allerwärts hochgeachteten Präsidenten der Centralstelle für Handel und Gewerbe Dr. v. Steinbeis, zu drängen, weil dieser in seinem «Gewerbeblatt» jeweils seiner auf langer Lebenserfahrung und nicht etwa bloß auf theoretischen Studien beruhenden freihändlerischen Auffassung Ausdruck gibt. Der schwäbische Standpunkt wurde da schlechthin als derjenige der Regierung hingestellt und jeder Beamte für verbunden erklärt, sich denselben anzubekennen. Nur der bekannte socialpolitische Schriftsteller Geheimrat Beyer nahm sich der Meinungsfreiheit der Beamten in solchen Dingen an. Der Minister bewahrte eine Art diplomatischer Passivität.“

Elsass-Lothringen. Der, wie bereits in einer früheren Nummer erwähnt, dem Bundesrath zugegangene Entwurf eines Gesetzes für Elsass-Lothringen betreffend Bestimmungen über das niedere Unterrichtswesen schlägt im §. 1 vor, das Eigentum an den Grundstücken und der sonstigen Ausstattung der den Bezirken gehörigen Seminare und Präparandenschulen an das Land zu überweisen. Dem entsprechend werden auch die für die Lehrerseminare angefallenen Kapitalien dem Lande überwiesen. Dagegen werden die Bezirke von den die Ausbildung der Lehrer betreffenden Verpflichtungen entlastet; nur die Verpflichtung des Bezirkes Oberelsass, das abgebrannte alte Lehrerseminar mit den aus der Landesfasse und von der Stadt Colmar bewilligten Zuschüssen wieder aufzubauen, bleibt aufrecht erhalten. §. 2 erklärt den Bau, die Ausstattung und Unterhaltung der Schulhäuser für Pflichtausgaben der Gemeinden; zur Besteitung dieser Ausgaben darf der Extrakt der auf Grund des Gesetzes vom 15. März 1850 zu erhebenden Zuschläge zu den directen Staatssteuern nur noch für die übrigen laufenden Schulausgaben, namentlich für die Besoldung des

Lehrpersonals verwendet werden. Nach §. 3 wird in Hinsicht der Besoldungen der Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Elementarschulen die Dienstzeit von dem Zeitpunkte an gerechnet, an welchem nach Erlangen der Besichtigung zur provisorischen Verwaltung eines Elementarschulamtes oder zur definitiven Anstellung in einem solchen die Verwendung im öffentlichen Schuldienste begonnen hat; jedoch wird die vor dem 21. Lebensjahr fallende Dienstzeit nicht berechnet. Der vierte und letzte Paragraph, welcher wie der vorige bestimmt ist, eine längere Exprobation der Lehrerpersonen vor der Anstellung zu ermöglichen oder zu erleichtern, ermächtigt die Bezirkspresidenten, ausnahmsweise solchen mit der Verwaltung eines Elementarschulamtes betrauten Personen die ihrer Dienstzeit entsprechende Besoldung schon vor der definitiven Anstellung zu bewilligen.

### Austria-Ungarn.

Die «Presse» schreibt unterm 3. Jan. aus Wien: Ein prager Telegramm meldet das erste greifbare und praktische Resultat der von hier aus eingeleiteten Versuche einer Verständigung mit den Czechen. Die schon seit Jahr und Tag zum Eintritt in den Reichsrath bereite czechische Fraction hat die von ihr beabsichtigte Gründung eines politischen Vereins, welcher im czechischen Volke für das Aufgeben der Passivität auch der Reichsvorstellung gegenüber und für die Beschaffung derselben wirken sollte, im letzten Moment rückgängig gemacht. Es ist dies offenbar ein Erfolg der neuesten Anknüpfungsversuche, der aber zugleich deutlich beweist, wie verfehlt undibel angebracht es gerade im gegenwärtigen Momente wäre, durch beobachtliche weitgehende Concession die parlamentarische Mitwirkung der czechischen Parteiführer für irgendeine Action gewinnen zu wollen. Die bereits vom größten Theile der czechischen Opposition getheilte Erkenntniß, daß sie sich nicht länger durch das Fernhalten vom Reichstage selbst lärm legen könne, war das Ergebnis der während der letzten Jahre durchgeföhrten richtigen Behandlung der czechischen Parteien. Nun aber werden in den czechischen Politikern wieder ganz falsche Vorstellungen von ihrer Wichtigkeit und Nothwendigkeit für die Reichsvorstellung erweckt; sie sind wieder von dem Wahne besessen, daß die Verfassungspartei sie nicht länger entbehren könne, und die natürliche Lösung der national-politischen Differenzen in Böhmen ist durch solche ungeeignete Experimente nur aufs weiter hinausgeschoben.

Eine bei Bellmann in Prag erschienene, von jungen czechischen Seite herausgegebene Broschüre tritt rückhaltslos für vollständiges Aufgeben der Abstimmungspolitik ein. Es sei ein vergebliches bemühen der Czefeführer, mit dem unvermeidlichen Schritte noch einige Zeit zurückzuhalten, denn ihre bisherigen Versprechen seien alle unerfüllt geblieben, ihre Vorhersagungen seien in ihr Gegenteil umgeschlagen. Nur im Reichsrathe können die zerstreutten czechischen Fractionen die Einigung wiederfinden, dort können Allianzen mit den Parteien geschlossen werden.

### Schweiz.

Aus Bern vom 2. Jan. wird dem Schwäbischen Merkur geschrieben: „Wenn nicht alle Zeichen trügen, scheint das eben angetretene neue Jahr uns auch in der Schweiz eine Wiederholung des Culturlampfes bringen zu wollen. An eine Aenderung staatlicher Gesetze ist dabei freilich so wenig zu denken wie in Deutschland; aber eine gewisse Nachgiebigkeit des Clerus ist unverkennbar. Was wenigstens die Pfarrwahlen betrifft, so scheinen die Ultramontanen sowohl im bernischen Jura als im Canton Solothurn den Grundsatz des Non possumus aufzugeben zu wollen, indem sie sich den staatlicherseits erlaubten Bestimmungen über die Wählbarkeit der Geistlichen unterziehen. In demselben Maße, wie die katholische Geistlichkeit guten Willen an den Tag legt, wird sie freilich auch die Staatsbehörden willfähriger finden. — Ueber den jüngst gesangenen französischen Brousse, welcher auf schweizer Boden durch seine Brandartikel in der «Avantgarde» völkerrechtlicher Vergehen sich schuldig gemacht hat, mögen einige Einzelheiten auch für das deutsche Publikum von Interesse sein. Brousse ist der Sohn eines gutgestellten Arztes in Montpellier. Er besitzt viel Talent, huldigt aber den extremsten politischen und sozialen Anschauungen. An der pariser Communebewegung war er direct nicht beteiligt, wohl aber wirkte er lebhaft für deren Ausdehnung auf die Städte Südfrankreichs. In Bern, wohin er nach Bekämpfung der Commune sich flüchtete, studierte er Naturwissenschaften; er war Assistent am chemischen Laboratorium der Universität und erwarb sich den Doctortitel. Nebenbei agitierte er energisch und mit der Glut eines Südländers für seine angeblich weltbeglückenden Ideen und führte, seitdem ihn die bernischen Gerichte wegen Störung der öffentlichen Ruhe aus Anlaß seiner Vorliebe für die rohe Lehre verurtheilt, ein ziemlich unsittes Leben. Er ist in manchem ein zweiter Dr. Nobiling, indessen wird sich im Gefängniss sein Reformeifer vielleicht eben etwas abflühen.“

### Italien.

Der Temps bringt Nachrichten aus Rom vom 3. Jan., wonach das berliner Cabinet an den Vatican das Verlangen gerichtet hätte, einen Druck auf das Centrum zu üben, um es zu einer Kund-

gebung im Sinne der Regierung zu bewegen; der Papst aber habe entgegnet, es sei ihm unmöglich, sich in die Angelegenheiten einer politischen Partei zu mischen, er werde dagegen durch den deutschen Episkopat die Ansichten der deutschen Regierung zu fördern suchen, um den Abschluß eines Modus vivendi zu erleichtern; der Brief Leo's XIII. an den Erzbischof von Köln sei nach diesem Vorwange geschrieben worden; die deutsche Regierung sei mit diesem Schreiben zufrieden, sodass nunmehr das Zustandekommen eines endgültigen Einvernehmens genähert sei. (Die Nachricht muß wohl stark bezweifelt werden.) Die römischen Nachrichten des Temps melden ferner, die Beziehungen des Vaticans zu Russland seien nicht die besten, seit Fürst Urussow die Vorschläge des Cardinals Simeoni, die von Nina wieder aufgenommen worden, für unannehmbar erklärt habe; Urussow werde Rom in kurzem verlassen.

### Frankreich.

\* Paris, 4. Jan. Der Temps hatte bis jetzt der tunesischen Angelegenheit mit seinem Worte er wähnt. Heute gibt das genannte Blatt eine lange Darstellung des wahren Sachverhalts dieser Angelegenheit. Wir entnehmen dem Bericht des Temps folgende Thatsache, die unseres Wissens noch nicht bekannt war. Unter den tunesischen Beamten der Commission (die Besitz von den Ländereien im Namen des Bev onnehmen sollte) befand sich ein Franzose, Finanzinspector erster Klasse und gegenwärtig in Disponibilität, Dr. Dueillé, dessen Rolle einige vorausgehende Erklärungen über die Verwaltung der tunesischen Finanzen erfordert. Bis 1858 hatte die Regierung von Tunis keine Schulden. Im Jahre 1859 hinterließ der Vorgänger des gegenwärtigen Bei diesem ein Deficit, das bis 1862 infolge schlechter Verwaltung bis auf 20 Mill. Frs. anwuchs. Die jährlichen Einnahmen, die damals 11 Mill. betrugen, hätten genügt, die Binnen und die Tilgung des Deficits zu zahlen. Aber ohne die alten Schulden zu zahlen, machte die Verwaltung in den Jahren 1863 und 1866 sowol im Innern als im Auslande mehrere neue Anleihen im Betrage von 180 Mill. Frs. Infolge der Reclamationen der ausländischen Mächte, um deren Unterstützung die Gläubiger der tunesischen Regierung bat, um die Zahlung der Binnen dieser Anleihen zu erhalten, wurde im Jahre 1869 eine europäische Finanzcommission eingesetzt, die mit der Verwaltung der Finanzen der Regentschaft beauftragt war. Dr. Dueillé ist gegenwärtig Vice-präsident dieser „europäischen Finanzcommission“. Als solcher ist er vom Bei ernannt, zu dessen Verfügung er vom französischen Finanzminister gestellt wurde. Es ist nicht nothwendig, auszusprechen, daß die Rolle von Dr. Dueillé bei dieser Angelegenheit zum wenigsten sonderbar erschien; es ist wahr, daß der österreichische Generalconsul auch an dieser Kundgebung teilnahm, aber man muß andererseits bemerken, daß der Generalconsul Deutschlands sich weigerte, sich derselben anzuschließen. Wie die Sache sich auch immer verhält, Dr. Dueillé wurde nach Paris, wo er heute über morgen ankommen muß, vom Finanzminister berufen, von dem er noch immer als Finanzinspector in Disponibilität abhängt.

### Großbritannien.

+ London, 4. Jan. Der von Leo XIII. an den Erzbischof von Köln gerichtete Brief erscheint, wie der Standard meint, in einem besonders gut passenden Augenblick. Der Papst erklärt, daß von dem Zeitpunkte seiner Thronbesteigung an er vor allen Dingen Eins erstrebt habe: Frieden zu schaffen zwischen Fürsten, Untertanen und Kirche. Dieses ist ein Chrgeiz, den man der Papste würdig nennen kann, und Europa würde aller Wahrscheinlichkeit nach manchen bitteren Augenblick nicht gesehen haben, wären die Nachfolger des heiligen Petrus ohne Unterschied von solchem Chrgeiz befehlt gewesen. Es ist wahrscheinlich, daß Pius IX. an vielem, was während der jüngsten 15 oder 20 Jahren den tödlichen Meinungsconflict hervorrief, in nicht geringem Grade verantwortlich war. Es wird für die Wohlfahrt Europas ein Gewinn von fast endlosem Werthe sein, wenn Leo XIII. sich ehrlich entschlossen hat, von dem verderblichen Beispiel, das seine Vorfahren ihm gegeben, abzuweichen. Es ist jedoch der Verdacht vorhanden und kann daher nicht verschwiegen werden, Leo XIII. sei vor allen Dingen ein höflicher Papst, einer, der durch den Vorzug, den er diplomatischer Geduld gibt, uns jene feinen Päpste ins Gedächtnis zurückruft, die ohne das Schwert zu ziehen oder Interdikt ergehen zu lassen, halfen die weltliche Herrschaft des Papstthums aufzubauen und die geistliche Herrschaft desselben zu stärken. Ist diese Theorie seines Charakters die zutreffende, so hat Leo XIII. durchaus nicht die Politik seines Vorgängers aufgegeben, sondern strebt nur auf einem verschiedenen und mehr herumführenden Wege denselben Zielen zu. Die das meinen, werden in ihrer Ansicht vielleicht durch die besonders versöhnliche Haltung bestärkt, die in dem Briefe sich dem Kaiser von Deutschland gegenüber ausdrückt. Leo XIII. ist vollendet höflich gegen die

Deutschen, aber er enthüllt eine kalte und sogar abweisende Miene gegen Italien. Dieser Gegensatz ist es, der die Welt argwöhnen lässt, Leo XIII. sei mehr politisch als friedlich und ziele weniger danach, Europa religiösen Frieden zu geben, als danach, Italien den deutschen Sympathien zu entfremden. Es ist schwer, die Tiefe anderer Gemüther zu ermessen; wenn aber Leo XIII. danach strebt, Europa durch eine so simple Taktik zu hintergehen, so kann ihm kaum sehr furchtbare Arglist zugeschrieben werden.

Daily News melbet aus Kalkutta vom 2. Jan.: „Schir-Ali richtete vor dem Verlassen Kabule einen Brief an den Vicekönig, worin er die Absicht befundete, zurückzuschreiten, nachdem er seinen Fall einem Congress der Mächte in Petersburg unterbreitet.“

— Ueber den Nothstand in England bemerk't die National-Zeitung: „Die leitenden englischen Blätter geben zu, daß die Nachrichten, welche beinahe aus allen Theilen Englands eintreffen, darin übereinstimmen, wie der Geschäftssdruck, der nun eine so lange Zeit gebauert hat, seine natürlichen Consequenzen in weitverbreitetem Massenelend zeigt. Armut und Entbehrung sind in Klassen eingelehrt, die, obgleich nicht reich, doch von Mangel bis jetzt nichts gewußt haben. Wenn auch der Vergleich mit der trauerwollen Noth der Baumwollarbeiter zur Zeit des Krieges in den Vereinigten Staaten, was die Stärke des Elends betrifft, von den Blättern jetzt noch zurückgewiesen wird, so wird doch zugegeben, daß diesmal das Unglück sich nicht auf die Baumwollfabrikationsdistricte beschränkt, daß es nach allen Seiten ausgreift und eine Menge von Fabrikationszweigen in Mitleidenschaft zieht. Ein weiterer Umstand tritt dazu, um die Perspective zu

verdüstern. Man hat zu Winterszeiten schon vielfach Notstände sich entwickeln sehen, aber regelmäig war dies zu Ausgang der für die Arbeit schlimmen Jahreszeit. England findet sich schon zu Beginn des Winters einem Zustande gegenüber, dessen schwerer und bedenklicher Charakter sich jeden Tag steigend entwidelt, für den eine Besserung des frühestens mit der bessern Jahreszeit zu erwarten ist. Die Gründe, welche die englischen Zustände in so bedauerndsterem Grade zu leidenden gemacht haben, sind in ihren allgemeinen Umrissen keine localen; sie haben sich in der ganzen Welt geltend gemacht. Aber ihre Gewalt hat sich, wie es scheint, jetzt mit ganzer Energie auf England geworfen. Da England die ganze Welt mit seinen Waaren versorgte, wie sollte es weiter prosperieren, da alle Märkte sich verengten, eine Reihe sich schlossen, da die Kaufkraft der Kunden Englands immer mehr weichende Verhältnisse annahm! Die politische Unsicherheit möchte unter den vorbereitenden Ursachen ihre Rolle spielen; mit ihrem Verschwinden, das wir heute constatiren können, ist der Zustand nicht verschwunden, den diese Unsicherheit hat schaffen helfen. Die Production hat in England anscheinend in großen Verhältnissen fortgedauert, nachdem die Nachfrage nach Waaren längst verschwunden war. Die Löbne wurden fortwährend herabgesetzt; aber auch die niedrigsten Herstellungskosten werden auf die Dauer unerschwinglich, wenn die Abnehmer ausbleiben. Die großen Verluste, welche durch den Zusammenbruch von Banken, durch die Ungunst der Zeiten, überhaupt durch den türkischen Bankrott und so viele zusammenwirkende Ursachen auch die wohlhabenden Klassen betroffen haben, führten zu einer Einschränkung dieser Klassen im Lande selbst, und so pflanzte sich die große Calamität von einer Klasse zur andern weiter, fast keine ohne Mitleidenschaft lassend. Die Zollgesetzgebung des Landes ist von einzelnen Industriezweigen für die Stützung des Verkehrs im Innern angerufen worden; so z. B. gegen die lyoner Seidenindustrie. Bis jetzt hat jedoch kein Strom der öffentlichen Meinung sich einer solchen Betrachtungsweise zugewandt."

Der « Post » berichtet man aus London vom 3. Jan.: „Der Notstand des Landes dauert fort, neue Anstrengungen werden gemacht, das Elend der Leidenden zu mildern. In der City von London erhält eine an den Lord-Mayor gerichtete Petition zahlreiche Unterschriften; sie lautet: Wir unterzeichneten Bankiers, Kaufleute, Fabrikanten und andere in der City von London bitten achtungsvoll, Ew. Lordshaft wolle ein öffentliches Meeting, unabhängig von der Parteipolitik, in Guildhall einberufen, um die Regierung in einer Petition zu ersuchen, behufs der Untersuchung der Ursachen der gegenwärtigen Geschäftsknotung einen parlamentarischen Ausschuss zu ernennen, damit wenn nothwendig, eine Medication unsers sogenannten Freihandelsystems ins Werk gesetzt werde.“

— Die National-Zeitung schreibt:

Ein Streitsfall auf dem Gebiete des Consularwesens spielt gegenwärtig auf der Insel Cyprus. Es hat dieser Fall um besondere völkerrechtliche Interesse, weil dabei die völkerrechtliche Bedeutung der Einreise Cyprus in England in Frage kommt. Der Gerichtsstand der im Osmanischen Reiche lebenden Angehörigen christlicher Staaten ist bekanntlich durch die sogenannten „Capitulationen“ geregelt. Es üben danach die Consuln derselben eine Gerichtsbarkeit über ihre eigenen Landsleute aus und müssen auch von den türkischen Gerichten bei der Verhandlung

lung von Elogen zwischen ihren Landsleuten und türkischen Unterthanen hinzugezogen werden; sie sind behufs wirksamer Ausführung ihrer richterlichen Functionen auch mit dem Privilegium der Extraterritorialität ausgestattet, das ihnen ihrer völkerrechtlichen Stellung nach sonst nicht zufolge kommt. Die englische Verwaltung auf Cypern scheint nun von der Ansicht auszugehen, daß mit der Besetzung der Insel durch England und ihre Uebernahme in englische Verwaltung die amtliche Stellung der lediglich mit einem Exequatur des Sultans versehenen Consuln aufgehört habe. Dem italienischen Consul in Larnaka, Magni, der gleichzeitig das Deutsche Reich vertritt, ist auf Grund jener Anschanung von dem dortigen englischen Commissar Oberst White die Anerkennung einer Amtshandlung verweigert worden. Der Consul protestierte und führte zur Begründung aus, daß durch die Convention vom 4. Juni d. J. Cypern an England nicht abgetreten worden sei. Der Oberst White überging dieses Argument in seiner Antwort, erklärte aber gleichzeitig, die Consuln müßten, um ihre offizielle Stellung zu regeln, das Exequatur Ihrer Maj. der Königin von Großbritannien nachsuchen, und die Regierung werde sich dabei vorbehalten, zu prüfen, ob das Exequatur allen bisherigen Consularbeamten zu ertheilen sei oder nur einigen derselben. Auf diese Zuschrift, die den consularischen Titel des Hrn. Magni gefälschlich ignorirte, antwortete derselbe mit einem energischen Protest, in dem er darlegte, daß die Convention vom 4. Juni die Souveränität des Sultans über Cypern nicht berühre, sondern nur eine Verwaltung Englands für denselben autorisire, welche die Ueber schlüsse nach Konstantinopel abzuführen habe; die Bevölkerungsverhältnisse auf Cypern seien dieselben geblieben, es müßten deshalb nach wie vor die Verträge, welche früher zwischen der Pforte und den christlichen Mächten abgeschlossen, auf die Insel angewendet werden, solange nicht beide contrahirende Theile in deren Abschaffung eingewilligt. Da hierauf Hr. Magni keine Antwort erhielt, hat er seinen Regierungen in Berlin und Rom die Sache vorgelegt und, wie nach der Neuen Preußischen Zeitung verlautet, haben beide ihm recht gegeben und in London sich gegen die Handlungswweise des englischen Commissars beschwert.

Königreich Sachsen.

Die Dresdner Nachrichten schreiben aus Dresden: „Am königlichen Hofe erwartet man in den nächsten Wochen die Hinterherkunft des Kronprinzen Rudolf von Österreich. Es ist natürlich, daß diese Reise des habsburger Thronerben von vielen Gerüchten begleitet sein wird; man wird ihn als auf der Brautschau begriffen darstellen. Ein wohlunterrichteter Geährtsmann versichert uns jedoch, daß Kronprinz Rudolf ohne arrière-pensées am hiesigen Hofe erheine, und daß ihn einzig der Zweck leite, seinen einzigen Verwandten in Dresden ein früher gegebenes Versprechen zu erfüllen und sie in ihrer Heimat zu besuchen.“

— Bei der bereits erwähnten feierlichen Einführung des neuen, beziehentlich ergänzten Stadtverordneten-Collegiums zu Dresden beglückwünschte Bürgermeister Dr. Hertel die neu gewählten Mitglieder zu dem von der Bürgerschaft entgegengebrachten Vertrauen und gab dann einen kurzen Rückblick auf die Tätigkeit der beiden städtischen Collegien im vergangenen Jahre:

Sar manches Erspriechliche ist da geleistet worden! Wir  
ben ein neues Gotteshaus erhalten, die Neuorganisation  
der höhern Töchterschule sowie die Localschulordnung wur-  
den vollendet und der Bau eines dritten städtischen Gym-  
nasiums beschlossen. Ferner wurde die neue Arbeitsanstalt  
eröffnet, und auch das zweite städtische Versorgungshaus hat man  
diesen Tagen seiner Bestimmung übergeben können. Dass  
Dresden gewaltig freut und reist, zeigt der Umstand,  
dass das Verkehrsnetz um 28 neue Straßen bereichert wurde.  
Auf 65 Straßen wurden Trottoirs gelegt. Die Banpolizei  
hat die Aufführung von 128 Wohngebäuden genehmigt  
(gen 172 im Vorjahr) und die Gasbeleuchtung hat sich  
auf 10350 Flammen vermehrt. Was das Wasserwerk be-  
stellt, so kann einfach gesagt werden, dass die Stadt Freude  
über erfreut.

Bei der nun folgenden Constituierung des Collegiums wurde der Jubelvorsitzende Hofrat Aßermann mit 61 Stimmen unter 66 Abstimmenden wieder gewählt. Derselbe nahm die Wahl dankend an und gab bei das Versprechen, daß er auch fürtherhin mit der Würlichkeit eines gewissenhaften Mannes, mit der Sorgfalte eines sorgsamen Wächters und mit der Gerechtigkeit eines unparteiischen Richters seines Amtes dienen wolle. Redner bat sodann um die Unterstützung des Collegiums, denn nur mit dieser Mithilfe werde es ihm möglich, seiner Aufgabe voll und ganz gerecht zu werden. Man möge sich bemühen, Körperschaft auch ferner die Vorzüglichkeit zu erhalten, welche man ihr jetzt nachdrücklich und welche sind der Anfang der Eintracht und das Gesetz der Ordnung. Das Werk der Gemeindevertreter sei kein leichtes, sondern von ihnen werde verlangt, daß sie wohl die Majestät der Vergangenheit respectiren, nicht aber zu ihr abschleichen. Es wäre ein bedeutender Fehler, wenn man die alten Einrichtungen durchaus wieder abrufen wollte; leichter darf man sie aufheben.

Leipzig, 5. Jan. Am heutigen Morgen fand Trietschler'schen Saale die von dem Club der Rosabilen veranstaltete Gedächtnisfeier zu Ehren des

jüngst verstorbenen Bayard Taylor statt. Nachdem Consul Stewart die zahlreich Versammlungen begrüßt, wurde die Feier durch Vortrag eines Chorals und eines Männergesanges eröffnet. Es entwarf hierauf der Festredner Dr. Haynel in weihenvoller Ansprache ein kurzes Bild von dem Leben und Wirken des Verewigten, den er ebenso als Menschen wie als Schriftsteller feierte, als Abgesandten nicht nur einer Staatsmacht, sondern auch der Geistesmacht, als Verkünder eines freien Geistes und Dänger der Weltliteratur, der, die Schranken der Nationalitäten durchbrechend, das ewig Menschliche immer neu in dichterischem Geiste gestaltete. Abermaliger Gesang und Vortrag eines Chorals endeten die würdige Feier, nach deren Schluss seitens der Anwesenden die Unterzeichnung einer Adresse stattfand, welche der Club der Kosmophilen der Witwe Bayard Taylor's zu übersehenden beschlossen.

— Aus Frankenbergs vom 3. Jan. berichtet das Frankenberger Tageblatt: „Ein gewiss seltenes Jubiläum wurde heute hier besonders ausgezeichnet: die vierzigjährige Funktionirung des Hrl. Emilie Rabig als Geschäftsführer der Firma Däne u. Parlan. Der Jubilarin, welche drei Generationen der Chefs der Firma treue Dienste geleistet und nunmehr in den wohlverdienten Ruhestand tritt, wurde von Herrn Bürgermeister Kuhn mit herzlicher Ansprache ein Schreiben des Stadtraths überreicht, in welchem dieser im Auftrage der königlichen Kreishauptmannschaft besondere Anerkennung so treuer und seltener Thätigkeit ausspricht.“

Handel und Industrie.

\* Leipzig, 5. Jan. Die diesmalige Leipziger Messe, die im ganzen unter der Ungunst des Wetters zu leiden hatte, glich in der Hauptzache der vorigen Michaelismesse. Die Geschäfte in weiß- und lohgarem Schafleder waren wenig flott, indessen erzielte gute Ware etwas höhere Preise als beim letzten hiesigen Marte, während Schafsleder in geringerer Ware zu billigen Preisen gern abgegeben wurde; bessere schwere Sorten behaupteten alte Preise. Einige Posten litten stark unter der Rässe, wodurch die Preise gedrückt wurden. Oberleder und Kippe wurden besonders am Freitag zu etwas besseren Preisen gern genommen. Rohe Häute fest, ohne Zufuhr. Geschäft infolge dessen gering.

+ Berlin, 5. Jan. In seinem letzten Jahresberichte bestätigt der großbritannische Generalpostmeister die aus dem Weltpostverein hervorgegangenen Erleichterungen und constatirt, daß im letzten Jahre die Zunahme der Correspondenz im internationalen Verkehr Englands (16 Proc.) von neuem erheblich höher gewesen ist als im inneren Verkehr dieses Landes (nicht ganz 4 Proc.). Es ist hierbei jedoch zu bemerken, daß in England vor Gründung des Weltpostvereins zum Theil noch ziemlich hohe Taxen für den internationalen Verkehr bestanden. Aber auch in Deutschland, wo bereits vor dem Weltpostvertrage im allgemeinen mäßige Taxen in Anwendung kamen, hat sich ein ähnliches Verhältniß herausgestellt. Die Zunahme betrug in unserem inneren Verkehr 1876 — 3,7 Proc., 1877 = 4,5 Proc.; die internationale Correspondenz hat sich gegenüber 1876 um 7,5 Proc. und 1877 um 6,8 Proc. vermehrt. Nicht minder erfreulich sind die Einwirkungen, welche der Verein auf die Verbreitung zweckmäßiger Einrichtungen einzelner Vereinskörper in den übrigen Vereinsländern gehabt hat. Wir ersehen beispielsweise aus dem vorerwähnten Jahresbericht, daß für eingetragene Briefe England seine Einschreibebefähigt, welche bisher auf einen ungewöhnlich hohen Satz von 4 Pence festgesetzt war, auf 2 Pence ermäßigt hat. Ferner hat England den Vandrieträgern die Annahme von Einschreibsendungen gestattet, die Behandlung unbestellbarer Briefe vereinfacht, beziehendlich die Rückgabe an die Absender beschleunigt und durch verbesserte Einrichtungen der Bahnposten eine unverzögerte Förderung auch derjenigen Correspondenzen angestrebt, welche nach kleineren Orten bestimmt sind und die früheren Umweg über ein Hauptpostamt machen mußten —, neue Einrichtungen, die in Deutschland seit langer Zeit stehen.

J. Meinungen, 4. Jan. Zu den Grabmessern der Zeit-  
verhältnisse gehören auch die Sparkassen; die Bewegung  
in Stande derselben zeigt besonders, ob die sogenannten  
"kleinen Leute" etwas zu erzielen vermöcht. Eine un-  
terliegende amtliche Zusammensetzung über das Sparkassen-  
wesen im Herzogthum im Jahre 1877 läßt nun doch er-  
kennen, daß die Zeit nicht ganz so schlecht war, als sie ver-  
kriem wurde. In dem genannten Jahre haben sich  
die Sparkasseneinlagen von 18657 auf 19004 vermehrt,  
die Summe dieser Einlagen hat sich von 8,800118 auf  
192198 M. erhöht. Davon kommen allein auf die Ein-  
lagen bis 150 M. 9486 Sparkassenbücher, von 150—300 M.  
waren es deren 3092, auf 3—600 M. 2552 und auf über  
600 M. 3685. Interessant ist dabei noch die Verfußart  
d das Geschlecht der Einleger. Von Landwirthen hatten  
53 Männer und 713 Frauen zusammen 514625 M. ein-  
legt; von Handwerkern, Fabrikanten und Kaufleuten 867  
Männer und 513 Frauen zusammen 381997 M.; von Fabrik-  
arbeitern 242 Manns- und 164 Frauenspersonen zusammen  
1936 M.; von andern Arbeitern und Tagelöhnern 213  
Manns- und 190 Frauenspersonen zusammen 77813 M.;  
Dienstboten 272 Manns- und 566 Frauenspersonen  
zusammen 180195 M.; von Beamten, Geistlichen und Lep-  
rizen 217 Männer und 175 Frauen zusammen 70776 M.;  
sonstigen Berufskräften 339 Männer und 274 Frauen  
zusammen 121922 M.; von Corporationen und Stiftungen  
2 Einlagen mit 121184 M. Die Vergleichung hiernach  
gibt dem denkenden Leser mehrfach interessante Momente.

Im December vorigen Jahres wurden bei der Allgemeinen Unfallversicherungsbank in Leipzig Todesfälle, 4 Unfälle, welche den Betreffenden Lebensjahr bereiteten, 11 Unfälle, die ihrer Natur nach eine mögliche oder theilweise Invalidität der Verletzten erwarteten, und 614 Unfälle, aus welchen sich für die Verletzten eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit vorhersagten, zusammen 641 Unfälle angemeldet.

Eine hochwichtige soziale Frage ist mit all der ihrer  
Höchstigkeit gebührenden Dringlichkeit und Unbedecktheit



# Hallberger's Deutsche ROMANTISCHE

Wöchentlich eine Nummer. Preis vierteljährl. nur 2 Mr. Alle 14 Tage ein Heft von ca. 4 Bogen.

bringt in ihrem soeben begonnenen siebten Jahrgange, neben einem reichen Feuilleton und einer poetischen Erzählung von Wilhelm Jensen, zunächst nachstehende Romane erster deutscher Schriftsteller:

- "Die Heirath des Herrn von Waldenberg" von ... Hans Hopfen.
- "Söhne und Hegen" von ... Gregor Samaras.
- "Auf schiefen Ebene" von ... Johannes van Dewall.
- "Die Seelen der Hallas" von ... Emmy von Pindlago.
- "Hörninghausen" von ... Claire von Glümer.

Man abonnire bei der nächsten Buchhandlung oder dem nächsten Postamt. Jede Buchhandlung liefert auf Verlangen Nr. 1 als Probe gratis! [3280—82]

Unterschriebener hat hierdurch zum Abonnement auf das

## Geraische Tageblatt

ergeben.

Das Geraische Tageblatt ist für besonneneren Fortschritt, Sparsamkeit im Reichs- und Staatshaushalt, bringt Gewerbliches, Land- und Forstwirtschaftliches, Marktberichte, Mittheilungen aus dem Bereich der Künste, der Literatur, gute Novellen, Vermischtes.

Der Vierteljahrspreis für das wöchentlich 6 Mal in großem Format erscheinende Geraische Tageblatt beträgt nur

1 Mark 50 Pfennig.

Insferaten ist im Geraischen Tageblatt der beste Erfolg gesichert, die viermal gespaltene Corpusecke wird mit 12 Pf. berechnet. [3280—82]

Expedition des Geraischen Tageblattes.

## Redacteur

gesucht.

Für ein täglich erscheinendes, gemäßigt freimüdiges Blatt einer größeren Stadt wird ein Chefredacteur gesucht.

Offerten mit Angabe der Gehaltsforderung und mit ausführlichen Rotzten über bisherige Stellungen werden baldigst erbeten durch Haasenstein & Vogler in Dresden unter H 327 b.

Rut solche Herren wollen sich melden, welche der besten Empfehlungen über ihre bisherige Thätigkeit sicher sind, und welche in kurzer Zeit antreten können. Original-Bezeugnisse und Probe-Manuscripte wolle man vorläufig noch nicht beilegen. [97]

**Uebersicht**  
der  
**Sächsischen Bank**  
zu Dresden  
am 31. December 1878.

### Activa.

Coursfähiges Deutsches Geld	17,170,088
Reichskassenscheine	161,490
Noten anderer Deutscher Banken	5,023,900
Sonstige Kassen-Bestände	425,644
Wechsel-Bestände	42,534,904
Lombard-Bestände	5,223,651
Efecten-Bestände	6,101,970
Debitoren und sonstige Activa	3,772,704

### Pasiva.

Eingezahltes Aktienkapital	30,000,000
Reservefonds	3,209,135
Banknoten im Umlauf	42,180,600
Täglich fällige Verbindlichkeiten	442,388
An Kündigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten	4,153,915
Sonstige Passiva	428,313

### Die Direction.



## ,Euterpe."

### VI. Abonnement-Concert

(unter Leitung des Kapellmeisters Herrn

Wilhelm Treiber)

Dienstag den 7. Januar 1879

im Saale der Buchhändlerbörse  
zu Leipzig.

Programm.

**Fest-Ouverture** C. Reinecke  
**Arie aus „Theodora“** G. F. Händel  
gesungen von Fräulein Louise Schärnack aus Hamburg.

**Concert (A-moll)** C. Saint-Saëns  
für Violoncell, vorgetragen von Herrn Ernst De Munck, grossherz. Kammervirtuose aus Weimar.

**Lieder mit Pianoforte:**  
a) "Im Herbst" R. Fraas  
b) "Im Haine" F. Schubert  
c) "Du liebliches Thal" C. Reinecke  
gesungen von Fräulein Louise Schärnack.

**Stücke für Violoncell, mit Pianoforte:**  
a) Air J. S. Bach  
b) Nocturne Chopin-De Munck  
vorgetragen von Herrn E. De Munck.

**Symphonie (C-dur)** Rob. Schumann.  
Einlass 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 9 Uhr.

**7. Abonnement-Concert der „Euterpe“**  
Dienstag, den 21. Januar 1879. [98]

## Vertreter

mit guten Referenzen sucht eine leistungsfähige rheinische Weingroßhandlung mit berühmten Kellereien. Offerten sub D. 66021 an Haasenstein & Vogler in Frankfurt a. M. [8—10]

### Die Annonen-Expedition von J. Barek & Co.

in  
Halle a. d. Saale  
empfiehlt sich zur Annahme von Insferaten  
in alle Zeitungen.

### Königl. Hoftheater zu Dresden.

Revertoire - Entwurf  
vom 7. bis 11. Januar.

#### Altstadt.

Dienstag, 7. Jan. Strabella. — Mittwoch, 8. Jan. Romeo und Julia. — Donnerstag, 9. Jan. Nein einstundig: Euriphe. — Freitag, 10. Jan. Das Räuberchen von Heilbronn. — Sonnabend, 11. Jan. Bar und Zimmermann.

#### Neustadt.

Dienstag, 7. Jan. Rosa und Roschen. — Donnerstag, 9. Jan. Doctor Klaus. — Sonnabend, 11. Jan. Zum ersten male: Maibesuch. Pänderei von Grünstein. Zum ersten male: Die Verlaufenen. Lustspiel in 1 Act von Bauerfeld. Zum ersten male: Paula's Geheimnis. Dramatischer Scherz in 1 Act von Blumenthal.

### Familien-Nachrichten.

Berichtet: Dr. Ernst Berger in Schönfeld mit Fr. Rosa Wohl in Chemnitz. —

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Soeben erschien:

## Der Neue Plutarch.

Biographien hervorragender Charaktere der Geschichte, Literatur und Kunst.

Herausgegeben von Rudolf von Gottschall. Sechster Theil.

8. Theil geh. 6 Mark, geb. 7 Mark.

Inhalt: Der Große Ausrüst. Von Bernhard Erdmannsdörffer. — Herzog von Wellington. Von Reinhold Pauli. — 3. G. von Baccanach. — John Russell. Von G. Althans.

Die unter dem Titel „Der Neue Plutarch“ erscheinende Porträtgalerie ausgezeichnete Persönlichkeiten, zunächst seit dem Zeitalter der Reformation bis zur Gegenwart, ist bereits zu einem feststehenden deutschem Haus- und Familienbuch geworden und erfreut sich immer weiterer Verbreitung. Der soeben erschienene sechste Theil, der von Beiträgen zweier der namhaftesten Geschichtsschreiber eröffnet wird, darf eine besonders freundliche Aufnahme in Anspruch nehmen. Prospective gratis. [100]

## „Deutsche Zeitung“

Großes politisches Journal.

Erscheint zweimal täglich in Wien.

Die „Deutsche Zeitung“ ist als eines der inhalatreichsten Journale Wiens bekannt.

Die „Deutsche Zeitung“ hat während des russisch-türkischen Krieges durch die Sachlichkeit, Genauigkeit und Verlässlichkeit ihrer Mittheilungen die geläufige Öffentlichkeit überstimmt. Ihre Telegramme und Correspondenzen aus dem Orient dienen fast ausnahmslos der gesammelten deutschen und österr. Presse als ständig bewährte Quelle.

Das Feuilleton der „Deutschen Zeitung“ an welchem bewährte und beliebte Gedern. der deutschen Literatur und Journalistik mitwirken, ist als eines der gelesenen der deutschen Presse seit je bekannt.

Ihr volkswirtschaftlicher und finanzieller Theil ist wegen der Verlässlichkeit seiner Mittheilungen, wegen der Fülle seiner Nachrichten und der objektiven Gründlichkeit seiner Erörterungen von ungegebend.

Die „Deutsche Zeitung“ hat sich die Wahnehmung und Vertretung der Interessen der industriellen und gewerbetreibenden Bevölkerung Österreichs zur besonderen Aufgabe gemacht. Sie ist dementsprechend in den Kreisen der Industriellen beliebteste und gelesenste Wiener Blatt. In zahlreichen Provinzen mit vorwiegend industriellen Interessen ist sie die ausschließlich und allein gelesene Zeitung. Sie ist das Organ des „Clubs der österr. Industriellen“ und des „Vereins der Montan- und Eisenindustriellen in Österreich“; den montanistischen Interessen ist ein besonderes Heft gewidmet und ebenso den Gemeindeangelegenheiten, dem Unterrichtswesen und der literatischen Kritik.

Bei der speciellen Zusammensetzung des Leserkreises der „Deutschen Zeitung“ finden Annoncen in Österreich kein wirkameres Organ. Die Insertionspreise sind mäßig.

Man abonnirt die „Deutsche Zeitung“ pro Quartal für Deutschland beim nächsten Postamte mit 10 Mark 5 Pfennige.

„Die Expedition der Deutschen Zeitung“,

Wien, Wollzeile 22.

[3280—82]

Preis à Heft 30 Pfennig  
3 AUFLAGE. 40 HEFTE.  
**Brockhaus'**  
**Kleines Conversations-Lexikon**  
Encyclopädisches Handwörterbuch.  
Mit zahlreichen Karten und Abbildungen.  
1878.  
Alle Buchhandlungen führen Bestellungen auf das Werk aus.

Dr. Gustav Hochmuth in Schneeberg mit Fr. Hedwig Merkle in Zwiedau. — Dr. Leopold Holländer in Berlin mit Fr. Therese Lewin. — Dr. Karl Kober in Dresden mit Fr. Anna Schmerbis in Leipzig. — Dr. Hermann Lange in Dresden mit Fr. Marie Friedel in Leipzig. — Dr. Eduard Lemser in Erfurt mit Fr. Ida Bambacher in Plagwitz. — Dr. Theodor Merzel in Leipzig mit Fr. Amalie Dornfeld in Bitterfeld. — Dr. Premierleutnant Kurt Alexander v. Müllke in Bittau mit Fr. Luise Alberti in Bremen.

Friedrich Wienhold in Waldenburg in Sachsen mit Fr. Else Hedwig Berndt. Geboren: Dr. Karl Braune in Welsch ein Sohn. — Dr. Otto Hempel in Greiz eine Tochter. — Dr. Rathorendar Dr. Angley in Dresden ein Sohn. — Dr. Bruno Roeder in Reichenbach i. B. ein Sohn. — Dr. Max Schulte in Leipzig eine Tochter. — Dr. Gustav Wiedemann in Piscorsine, Regierungsbezirk Breslau, ein Sohn.

Gestorben: Dr. Amtswundar Franz Irmischer in Schopau. — Dr. Kaufmann Otto Lindner in Dresden. — Frau Henriette verw. Peger in Leipzig. — Fr. Auguste Pförtsch, aus Leipzig, in Deventer in Holland. — Fr. Wilhelmine Reichel in Leipzig. — Fr. Käthe Kölbel in Schopau mit Fr. Liddy Weißbach. — Dr. Walter Friedrich Krause in Tanneberg mit Fr. Magdalene Köhler. — Dr. Seminarioberlehrer Edwin Marie Schödner, geb. Brandt, in Leipzig.

Berantwortlicher Redacteur: Prof. Dr. Karl Biedermann in Leipzig. — Herausgeber: Dr. Eduard Brockhaus in Leipzig. — Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.